

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. viertel. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang **Hamburg, 23. Mai 1931** **Nummer 21**

Was wird aus dem Arbeitslosenheer?

Mehr und mehr wird die Arbeitslosigkeit zu einem Kardinalproblem unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Gelingt es nämlich nicht, das Arbeitslosenheer baldigst zu demobilisieren, dann wird die finanzielle Unterstützung der Erwerbslosen immer schwieriger. Bei der angespannten Lage der öffentlichen Finanzen und der gegenwärtigen parlamentarischen Situation kann jedes Anbohren neuer Einnahmequellen zu politischen Konflikten mit unübersehbaren Folgen führen. Das gleiche ist zu befürchten, wenn man versuchen wollte, eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unterstützungsempfänger vorzunehmen. In diesem Falle würde man nicht nur staatspolitische, sondern auch tarifpolitische Gefahren schlimmer Art beschwören. Es kann daher nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die Milderung der Arbeitslosigkeit vorläufig das Hauptproblem der Gewerkschaftspolitik sein und bleiben muß.

Nach dem letzten Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat zwar der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahre schon Mitte Februar eingesezt. In den beiden vorhergehenden Jahren trat dagegen eine Erleichterung erst zu Anfang März ein. Aber trotz dieser verhältnismäßig frühzeitigen Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bleibt zu beachten, daß am 15. April in Deutschland noch 4,6 Millionen Arbeitssuchende zu verzeichnen sind. Und wenn man sich die Arbeitslosenziffer weiter sinken sieht, so ist es doch völlig ausgeschlossen, daß diese saisonmäßige Erleichterung der größte Teil der 4,7 Millionen in Arbeit gebracht wird. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß wir auch im Sommer auf diese Weise mindestens 3 Millionen Arbeitslose behalten werden. Daraus ergeben sich aber für die kommende Herbst- und Winterzeit fürchterliche Perspektiven. Ein Arbeitslosenheer von 6 bis 7 Millionen erscheint nicht ausgeschlossen. Hätten wir doch Mitte April dieses Jahres allein 1,7 Millionen Arbeitslose mehr als im Vorjahre, obwohl schon 1930 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von über 3 Millionen gerechnet werden mußte. So sind, wie gesagt, die Zukunftsaussichten, wenn keine grundlegenden Änderungen eintreten.

Diese grundlegenden Änderungen können von zwei Seiten kommen, von einer Wirtschaftsbelebung und einer Arbeitszeitverkürzung. Soweit die Wirtschaftsbelebung in Frage kommt, ist eine pessimistische Haltung durchaus angebracht. Der automatische Aufschwung fehlt bis jetzt, von der saisonmäßigen Belebung abgesehen, vollkommen. Die hohen Zinssätze, die starren Preise und sonstigen Symptome lassen auch nicht vermuten, daß es in absehbarer Zeit besser wird. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung haben bis jetzt auch versagt, da nach der Lohnabbauaktion und der damit verbundenen Preislenkung die Lage sich nicht gebessert, sondern vielerorts noch verschlechtert hat. Ein Weiterstreiten auf diesem Wege, das heißt durch Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen einen Weg aus der Krise zu finden, ist daher als völlig abwegig und äußerst verhängnisvoll zu bezeichnen. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit einen erheblichen Teil der Erwerbslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Nur die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche wird eine baldige und wirksame Entlastung des Arbeitsmarktes bringen können. Diese gewerkschaftliche Forderung, die sich auch die Brauns-Kommission allerdings nur in ungenügendem Maße als Erkenntnis zu eigen gemacht hat, muß jetzt die Parole aller Arbeitnehmer werden.

Daß die Gewerkschaften diese Arbeitszeitverkürzung erstreben ohne Lohnausgleich, ist bei dem geschmälernten Existenzminimum der Arbeiterschaft selbstverständlich. Ob es aber in jedem Falle gelingt, dieses Ziel hundertprozentig zu erreichen, ist fraglich. Die entscheidende Frage wird daher sein, ob die kürzere Arbeitszeit auch dann zu bewahren ist, wenn ein teilweiser Lohnausgleich nicht vermieden werden kann. Die Antwort darauf wird nur von Fall zu Fall gefunden werden können. Im allgemeinen möchte man sie bejahen, denn es gilt Schlimmeres — man möchte sagen, das Schlimmste — zu verhüten. Gelingt es nämlich nicht, der katastrophalen Entwicklung auf dem

Arbeitsmarkt Einhalt zu gebieten, dann ist, wie bereits erwähnt, eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen gefährdet. Die Folge davon würde wahrscheinlich sein, daß die Not der Erwerbslosen zu einer maßlosen Lohnbrückerlei und damit zur Beseitigung jeglicher Lohnsicherung führen würde. Ist nämlich der Damm des Arbeitslosenschutzes einmal durchbrochen, dann gibt es im Kampf um die Arbeitsstelle kein Halten mehr. Mit einem Schläge würden sämtliche tariflichen und sozialen Erwerbsbedingungen beseitigt. Genau wie in früheren Krisenzeiten würden die Unternehmer nicht davor zurückschrecken,

DIE GEWERKSCHAFT!

Schon lange rüttelt der Sturm an unserm Haus. Vergeblich! Es fällt kein Stein heraus. Wir sind der Mörtel, der fest verbindet, Auf daß der Sturm keine Lücke findet. Kollegen! Noch immer ist unser Haus zu klein. Helft bauen! Jeder zweite Mann ein neuer Stein. Kollegen! Wie viele Steine liegen noch brach. Sammelt sie ein! Jeder nur einen am Tag. Kollegen! Seid wach! Erkennt die Zeit! Bringt Opfer! Werbt! und seid bereit!

J. H. E. Büttner.

durch rücksichtslosen Lohnabbau und unsoziale Maßnahmen himmelschreiende Zustände heraufzubeschwören. Die Arbeiterschaft und ihr Organisationswert könnte um Jahrzehnte zurückgeworfen werden.

Das klingt furchtbar und übertrieben. Aber wir wollen als Gewerkschafter keine Vogelstraußpolitik treiben. Wir müssen die Dinge sehen, wie sie wirklich liegen und welche Formen sie in der nächsten Zeit annehmen können. Und jeder wird zugeben müssen, daß, wenn nichts Entscheidendes geschieht, das Arbeitslosenproblem zu einer Schicksalsfrage für das gesamte Volksleben wird. Überall da, wo durch die Einführung der 40-Stunden-Woche eine Milderung der Arbeitslosennot erreicht werden kann, muß daher mit dem größten Nachdruck dafür eingetreten werden. Und zwar auch nicht zuletzt deshalb, weil in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs erfahrungsgemäß viel leichter eine Steigerung der Löhne als eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen ist.

Arbeitslosigkeit und Konjunktur in unserm Berufe am Ende des Monats April.

In 160 Filialen unseres Verbandes mit 55 447, davon 132 weiblichen Mitgliedern, die ihre Berichtskarte rechtzeitig eingekandt haben, wurden am Stichtage, dem 25. April, 28 684 männliche und 30 weibliche, zusammen 28 714 Mitglieder als arbeitslos ermittelt. Das sind 51,8 % der Gesamtmitglieder, gegen 58 % Ende März, 65,1 % Ende Februar und gegen 66,9 % am Ende des Monats Januar dieses Jahres. Lassen wir die 7980 in den berichtenden Filialen organisierten Lehrlinge außer Betracht, so errechnet sich eine Arbeitslosigkeit von 60,5 auf jedes Hundert der Gehilfenmitglieder. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den zurückliegenden Monaten dieses und des ganzen vorigen Jahres läßt sich aus nachstehender Uebersicht ablesen.

Die berufliche Arbeitslosigkeit ist also seit ihrem höchsten Stand im Januar um 17,3 % zurückgegangen. Daß unser Maler- und Lackiererberuf an den Erleichterungen, die der Beginn des Frühjahrs dem deutschen Arbeitsmarkt gebracht hat, wesentlichen Anteil hat, Zahlenmäßig wohl mehr als das eigentliche Baugewerbe und prozentual hinter andern, in dieser schweren Notzeit vielleicht besonders bevorzugten Berufsgruppen nicht

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose a. Schlusse der letzten Monatswoche	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Januar	170	166	57 043	58 977	26 956	36 133	55,7	77,8
Februar	171	172	59 031	56 468	29 168	36 890	58,3	76,3
März	169	161	58 098	55 058	22 185	31 926	45,5	67,9
April	170	160	57 321	55 447	17 272	28 714	36,0	60,5
Mai	154		57 629		14 148		29,3	
Juni	153		56 720		15 255		31,2	
Juli	164		56 456		19 135		39,4	
August	159		56 736		20 830		42,5	
Septemb.	169		58 156		21 913		43,8	
Oktober	160		55 848		24 835		52,1	
Novemb.	166		57 348		30 524		62,2	
Dezember	169		56 858		35 519		73,2	

zurückgehend. All das kann uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es mit unserm Gewerbe in dieser sonst als günstig angesehenen Jahreszeit noch überaus mies bestellt ist. Sind doch noch über die Hälfte aller Verbandemitglieder und gut drei Fünftel der Vollmitglieder erwerbslos. Dabei stehen nur die Landesarbeitsämter Niedersachsens mit 44,3 %, Nordmark mit 48 % und Hessen mit 54,2 % unter dem Reichsdurchschnitt von 60,5 %, alle übrigen, und zwar Rheinland mit 60,6 %, Brandenburg mit 61,2 %, Südwestdeutschland mit 63,3 %, Pommern mit 63,4 %, Mitteldeutschland mit 64,5 %, Bayern mit 64,9 %, Ostpreußen mit 65,3 %, Sachsen mit 71,7 % und Schlesien gar mit 72,1 % Arbeitslosen zum Teil weit über dem Reichsdurchschnitt. Nicht man kann sich in Betracht, daß allorts aus Beitragslosen oder sonstigen unorganisierten Lehrlingen, die erfahrungsgemäß noch stärker von Erwerbslosigkeit betroffen, durch unsere Feststellungen aber nicht erfasst werden, und hält sich außerdem die Legion der in Ausbildung begriffenen Lehrlinge vor Augen, braucht man nach weiteren Gründen für den Verkauf der in dieser Berichtsperiode durchgeführten Lohnbewegungen in unserer Branche nicht lange mehr zu suchen. In den Arbeitslosen kommen noch — trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit — 2497 männliche und 40 weibliche, zusammen 2537 oder 5,3 % Kurzarbeiter. Es arbeiteten am Ende des Monats April verkürzt: 1731 männliche und 9 weibliche Beschäftigte bis zu 8 Stunden, 355 männliche und 27 weibliche um 9 bis 16 Stunden, 336 männliche und 4 weibliche um 17 bis 24 Stunden und weitere 75 männliche Beschäftigte um 25 und mehr Stunden die Woche. Man darf wohl ohne weiteres annehmen, daß ein erheblicher Teil der Kurzarbeiter Industriebetrieben entstammt, wie ja unsere Lackiererkollegen von der gegenwärtigen Krise kaum weniger betroffen werden als das eigentliche Malergewerbe. Mit Ausnahme der Automobilindustrie — und hier ist erst in letzter Zeit eine Besserung eingetreten — sind in allen Branchen, die für unsern Beruf in Frage kommen, außerordentlich weitgehende Einschränkungen durchgeführt worden. Wie aber weiter unten noch nachzuweisen sein wird, ist auch in vielen Betrieben des Baumalergewerbes eine verkürzte Arbeitszeit über den tariflichen Termin hinaus beibehalten worden.

Könnten wir vorstehend eine geringe Entlastung des beruflichen Arbeitsmarktes nachweisen, wird dieses auch durch unsere zu derselben Zeit vorgenommene Konjunkturmfrage bestätigt. In 127 Malereibetrieben aus 40 verschiedenen Filialen wurden 2797 Beschäftigte, davon 482 Malerlehrlinge in 119 Betrieben, gezählt. Danach entfallen im Durchschnitt 22 Beschäftigte auf einen Betrieb, was annähernd dem Stande vom November 1930 entspricht, und gegen die Monate Januar und Februar eine Zunahme um 6,4, gegenüber dem März um 4,3 Personen je Betrieb bedeutet. Die Zahl bleibt allerdings gegen denselben Zeitpunkt des Vorjahres (29,9 Beschäftigte) noch beträchtlich zurück; geben wir der Hoffnung Raum, daß die im allgemeinen nicht ungünstige Voraussicht sich in nächster Zukunft auch auswirken wird. Während die Zensur „sehr gut“ in den letzten Monaten ganz ausgefallen war, wird der Beschäftigungsgrad diesmal für 3 Betriebe oder 2,4 % mit 203 Beschäftigten oder 7,3 % mit sehr gut beurteilt. 12 Betriebe oder 9,4 % (gegen 6,6 % Ende März dieses Jahres) mit 649 Beschäftigten oder 23,2 % (gegen 16,4 %) pläbieren für gut, 47 Betriebe oder 37 % (gegen 34,4 %) mit 1034 Beschäftigten oder ebenfalls 37 % (gegen 37,7 %) mit befriedigend und 65 Betriebe oder 51,2 % (gegen 59 %) mit 911 Beschäftigten oder 32,6 % (gegen 45,9 %) mit schlecht. Die Besserung kommt fast reiflos den beiden ersten Gruppen zugute. Einen Vergleich über die Entwicklung der Geschäftslage in unserm Malergewerbe seit Anfang 1930 ermöglicht nachstehende Tabelle:

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		in Prozent der		Schlecht		
	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	
1930 Januar	7,4	19,6	30,3	40,3	62,3	40,1	3,20
Februar	5,7	8,8	35,7	61,5	56,8	29,9	3,21
März	21,0	31,7	49,2	51,4	29,8	16,9	2,85
April	32,8	39,5	42,6	46,5	24,0	14,0	2,75
Mai	29,7	49,2	37,8	33,9	32,5	16,9	2,88
Juni	20,1	44,8	37,2	29,2	42,7	26,0	2,81
Juli	15,8	31,5	48,1	49,1	30,1	19,4	2,88
August	14,5	20,6	40,4	53,3	45,1	26,1	3,06
September	13,9	25,4	45,2	50,9	40,9	23,7	2,98
Oktober	10,3	18,9	27,9	43,2	61,8	37,9	3,18
November	6,0	20,9	22,0	40,5	72,0	38,6	3,18
Dezember	3,9	13,0	14,1	25,3	82,0	61,7	3,49
1931 Januar	2,2	7,3	11,9	17,2	85,9	75,5	3,68
Februar	0,7	1,1	21,2	41,8	78,1	57,1	3,56
März	6,6	16,4	34,4	37,7	59,0	45,9	3,30
April	11,8	30,4	37,0	37,0	51,2	32,6	3,02

Die Bewertungsziffer, errechnet aus den Beschäftigtenzahlen in den jeweiligen Gruppen, indem „sehr gut“ und „gut“ mit 2, „befriedigend“ mit 3 und „schlecht“ mit 4 bewertet und dementsprechend multipliziert werden, das Gesamtergebnis dann durch die Summe der beschäftigten Personen geteilt wird, ist um 28 Punkte günstiger geworden und beträgt für April 3,02. Diese Besserung ist durch Neueinstellung von 768 Personen in 87 Betrieben erreicht; nachgewiesenermaßen befinden sich unter den Neueingestellten auch eine Anzahl neu aufgenommener Malerlehrlinge. Daß die Geschäftslage, im ganzen betrachtet, noch ziemlich unsicher ist, zeigt die gleichzeitige Entlassung von 272 Beschäftigten aus 37 Betrieben. Und weiter die Feststellung, daß, abgesehen von 4 Filialen, in denen tariflich eine Arbeitszeit von weniger als 48 Wochenstunden besteht, in 25 Betrieben mit zusammen 797 Beschäftigten noch Kurzarbeit beibehalten oder mit dem Ziele der Arbeitsreduzierung wieder eingeführt wurde. So arbeiteten: 1 Betrieb mit 40 Beschäftigten 39 Stunden, 9 Betriebe mit 264 Beschäftigten 40 Stunden, 10 Betriebe mit 260 Beschäftigten 42 Stunden, 1 Betrieb mit 40 Beschäftigten 44 Stunden und 5 Betriebe mit 213 Beschäftigten 46 Stunden die Woche. Bei der Abneigung der Unternehmer gegen Arbeitszeitverkürzung und wie auch aus besonderen Mitteilungen zu ersehen, ist diese Maßnahme auf dauerndes Drängen und — mit Ausnahme der sozialen Malerbetriebe — gegen mehr oder minder starken Widerstand der Unternehmer zur Einführung gelangt. Es zeugt von weitgehendem sozialen Verständnis unserer Kollegenschaft in diesen Betrieben, daß sie oft recht erhebliche Opfer auf sich nehmen, um langfristig Erwerbslosen die Möglichkeit von Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Sie bahnen der nunmehr allgemein erhobenen Forderung auf weitere Arbeitszeitverkürzung den Weg und sind Pioniere zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Besserung wird voraussichtlich weiter anhalten, dennoch dürfte es verriiht sein, das Ende der katastrophalen Wirtschaftskrise in Aussicht stellen zu wollen.

Die Anfurbelegung der Wirtschaft im Malergewerbe

Von M. Nagel, Mannheim.

Die Vorschläge, die von den Unternehmervertretern zur Behebung der Wirtschaftskrise bisher gemacht und durchgeführt wurden, haben sich als verfehlt erwiesen. Beim Lohnabbau ist die Kaufkraft von Millionen Arbeitern gesunken und unter solchen Umständen kann natürlich keine Produktion gefördert werden. Ebenso danebengehauen wäre es, wenn die Sozialleistungen abgebaut würden, soweit es nicht schon geschehen ist. Um Arbeitsaufträge hereinzubekommen, glauben auch die Malermeister unter andern den Vorschlag machen zu sollen, die gesetzliche Bewirtschaftung der Wohnungen abzuschaffen und die Mietpreisbildung dem „freien Spiel der Kräfte“ zu überlassen. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre zweifellos, daß die Mieter — und mindestens 80 % unserer Kollegen sind Mieter — eine etwa 50prozentige Mietpreiserhöhung erleben würden, ohne daß ihre Arbeitslosenzeit abgekürzt würde. Das ist eben das Gefährliche an dem Abbaufimmel, daß den Arbeitern bestimmt etwas genommen wird, ohne daß sie auf der andern Seite einen Vorteil dafür eintauschen. Zum Beispiel wird der Lohn gekürzt, aber von einem Preisabbau merkt der Arbeiter trotz Indexziffer nichts. Die Soziallasten werden herabgesetzt, aber trotzdem wird der Unternehmer nicht konkurrenzfähiger, nur der Sozialrentner stirbt etwas früher. Das ist alles.

Wenn nun jetzt eine Mietpreiserhöhung einsetzt, dann bekommen wohl die Hausbesitzer mehr Geld, aber unsere Kollegen werden dann wahrscheinlich auch wieder die Erfahrung machen müssen, daß nicht mehr Arbeitsaufträge eingehen und daß sie, obwohl sie eine höhere Miete zahlen, genau noch so unter der Arbeitslosigkeit leiden müssen wie vorher. Die Hausbesitzer denken nämlich in erster Linie an sich, sie nehmen das Geld, verdrängen es ins Ausland, schimpfen auf die Marktpreise und halten sich für bessere Deutsche. Jedenfalls müssen wir in diesem Punkte mißtrauisch sein und dürfen die Hausbesitzer niemals wieder selbständig, das heißt verantwortungslos wirtschaften lassen.

Ein Anfurbelegen der Wirtschaft von dem Abbau der Mieterbürgengesetzgebung zu erwarten, wäre ein Experiment, das genau so wie verschiedene andere ein Fehlschlag sein muß, so daß es das Beste sein wird, wenn wir die Finger so lange davon lassen, bis festgestellt ist, daß bei der Sache nicht lediglich die Arbeiter die Leidtragenden sind.

Auch unter den heutigen Verhältnissen besteht die Möglichkeit, Arbeitsaufträge für das Malergewerbe herbeizuschaffen. Diese Behebung nachzuweisen, soll Aufgabe der folgenden Zeilen sein. Dabei soll gleichzeitig versucht werden, an das Problem der „Anfurbelegung“ an

einem nicht zu kleinen, aber immer noch zu übersehenden Objekt heranzukommen.

Im Stadtgebiet Mannheim sind 60 911 Wohnungen mit 232 198 Wohnräumen vorhanden (die Küche auch als ein Wohnraum gedacht). Im Durchschnitt entfallen auf eine Wohnung 3,8 Wohnräume. Der Einfachheit halber sollen dieser Betrachtung 60 911 Wohnungen zu je 3 Zimmern und 1 Küche, also 4 volle Wohnräume zugrunde gelegt werden. Die regelmäßigen Herrichtungsarbeiten für eine solche Wohnung erfolgen in Zeitabschnitten und erfordern Aufwendungen, wie sie aus der folgenden Tabelle ersehen werden können:

Bestandteil der Wohnung	Zeitraum in dem die Herrichtung als notwendig angenommen wird	Aufwand für die Herrichtung	Durchschnittlicher Aufwand für jedes Jahr
Küche: Leimfarbe mit Velfarbensockel	3 Jahre	30,—	10,—
Wohnzimmer: Decke Leimfarbe, Wände tapezieren (unter Ausschluß der Tapetenlieferung)	4 Jahre	25,—	6,25
Schlafzimmer: wie oben	6 Jahre	25,—	4,17
Besseres Zimmer: wie oben	8 Jahre	25,—	3,12
Holzwerk: 2mal mit Velfarbe streichen	10 Jahre	50,—	5,—
Ausbessern	1 Jahr	6,—	6,—
Fußböden	—	—	—
Rossett und Vorplatz	10 Jahre	25,—	2,50
		186,—	37,04

Für Herrichtung der Wohnungen werden gebraucht: 60 911 x 37 M = 2 253 707

Für Treppenhäuser zu je 200 M, verteilt auf 20 Jahre, werden gebraucht = 128 102

Von den Fassaden der 12 812 bewohnten Gebäude ist die Hälfte verputzt und davon ist wiederum die Hälfte (3203) mit Velfarbe gestrichen. Die Häuser sind im Durchschnitt zwei- bis dreistöckig und enthalten etwa 198 qm Fassade. Einschließlich der Fenster kostet der Neuanstrich, der in je 12 Jahren vorgenommen wird, 308 M = 82 210

Etwa 1000 Hinterfassaden von je 100 M kosten = 8 333

Die 12 812 bewohnten Gebäude haben Rolläden oder Klappläden, Fenster, soweit sie nicht schon in den Vorjahren vorhanden sind, müssen neu beschafft werden. Die Kosten für Rolläden, Gassen, Haustüren und anderes, die neu anzustreichen 150 M kosten. Auf 12 Jahre verteilt ergibt das = 160 150 2 632 502

Im letzten Jahre wurden 285 Wohngebäude mit je durchschnittlich 5,4 Wohnungen und die Wohnung mit je 3,6 Wohnräumen errichtet. In den Vorjahren war die Bautätigkeit größer. Wir nehmen aber 285 an. Unter Zugrundelegung des Preises für Malerarbeiten wie oben, nämlich 186 M für vier volle Wohnräume ergeben je Neubau 903,96 M = 257 629

Die 285 Treppenhäuser zu je 200 (wie oben) = 57 000

Die Außenarbeiten zu je 50 M gerechnet x 285 = 14 250 328 879

2 961 381

Die gesetzliche Miete ist in Baden 120 % der Friedensmiete und die Herrichtungskosten sind in der gesetzlichen Miete mit 23 % der Friedensmiete einkalkuliert. Der Friedensbauwert einer Wohnung von drei Zimmern und Küche einschließlich Grundstücksanteil ist 8000 M. Der Friedensbau- und Steuerwert der vorhandenen 60 911 Wohnungen beträgt 487 288 000 M. Die Friedensmiete davon ist normal 6 %, also 29 237 280 M. Für Herrichtungskosten werden 23 % der Friedensmiete, nämlich 6 724 574 M in Anspruch genommen. Von den Herrichtungskosten entfallen mindestens die Hälfte auf Malerarbeiten, das wären 3 362 287 M.

Dieser Betrag wird zerlegt in
 15 % Unternehmergewinn = 504 343 M
 Soziallasten (4,4 % Arbeitgeberanteil) = 73 970 M
 Material und sonstige Ankosten 30,6 % = 1 102 870 M
 Arbeitslohn 50 % = 1 681 144 M
 100 % = 3 362 287 M

Wir sehen aus dieser Betrachtung, daß die errechneten wiederkehrenden Herrichtungskosten von 2 632 502 M von den gesetzlich festgestellten 3 362 287 M um 729 785 M überschritten werden, daß also die Finanzierung der vollen Herrichtungsarbeiten reichlich gesichert ist. Nehmlich gesichert sind die 328 879 M für Malerarbeiten in den Neubauten.

Die Statistik verzeichnet für Mannheim 1030 Maler- und Lackierergehilfen. Etwa 130 Kollegen arbeiten in der Industrie, sie sind also bei den 2 632 502 M und den 328 879 M = 2 961 381 M nicht beteiligt. Die Hälfte der letzteren Summe ist als Arbeitslohn anzuspochen, das sind 1 480 690 M, geteilt durch 900 Kollegen, entfällt auf den einzelnen 1635 M im Jahr. Hierzu Einnahmen aus

10 Wochen Arbeitslosenunterstützung von Weihnachten bis Ende Februar 220 M = 1855 M.

Das Jahreseinkommen eines Kollegen ist wie folgt zu veranschlagen: Die Arbeitslosigkeit wird sich niemals ganz beseitigen lassen und wenn ein Kollege 41 Wochen im Jahr arbeiten kann, so dürfte er zufrieden sein. Bei einem Stundenlohn von 1,15 M kommt ein Jahreseinkommen von 2 263 M heraus. Wohnungseinrichtung, Neubauarbeiten und Arbeitslosenunterstützung bringen ein ... 1855 M. Dem Kollegen fehlen nun noch zu seinem Jahreseinkommen ... 408 M.

Diese 408 M können, ohne es im einzelnen nachweisen zu müssen, aus andern Malerarbeiten herausgeholt werden, zum Beispiel bei Neuerrichtung und Instandsetzung von staatlichen und kommunalen Gebäuden, Gastwirtschaften, Hotels, Cafés, Fabriken, Büros, Verkaufsgeschäften, Umbauten, Ausstellungen sowie bei der Firmenschilder- und Möbelmalerie usw. Bei den hier aufgeführten Arbeitsgelegenheiten kann auch die Arbeitszeit und der Arbeitslohn untergebracht werden, der auf die mitarbeitenden Meister und Lehrlinge entfällt.

Damit wäre das Problem der Arbeitsbeschaffung und das Arbeitslosenproblem für das Malergewerbe auf dem Papier gelöst. Sache der Gesetzgebung ist es, solche gesetzliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen, daß die notwendigen Arbeiten auch praktisch durchgeführt werden können. Eine erhebliche Anzahl Hausbesitzer sind nicht in der Lage, ihr Haus richtig zu verwalten; andere wieder halten mit der Auftragserteilung absichtlich zurück. Selten wird es vorkommen, daß ein Privathausbesitzer sich zu dem Grundlag der Reichsversicherung „Eigentum verpflichtet“. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste“, bekennet. In diesem Punkte darf die Gesetzgebung nicht laßer lassen, sie hat dafür zu sorgen, daß die Gelder, die für Herrichtungen bestimmt sind, und die tatsächlich vorhanden sind, auch ausgegeben werden. Die Ausfälle von Mieteneinnahmen sind unwesentlich, denn die Mieter beziehungsweise die Fürsorgeämter sorgen schon dafür, weil bei Mietrückständen der Hausbesitzer ohne weiteres die Räumung erzwingen kann. Nach alledem darf gesagt werden, daß bei dem hier erörterten Problem zwischen Theorie und Praxis kein großer Unterschied besteht.

Fortbildungsmaßnahmen für jugendliche Erwerbslose im Malerberuf

Nach den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AWAVG.) kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes Veranstaltungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung insoweit aus Mitteln der Reichsanstalt einrichten oder unterstützen oder das übliche Schulgeld für die Teilnahme zahlen, als sie geeignet sind, Empfänger von Arbeitslosenunterstützung der Arbeitslosigkeit zu entziehen (§ 137). Weiter kann demjenigen, der sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsumschulung oder Fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, ihm die Aufnahme von Arbeiten zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch Kosten erwachsen, für sechs Wochen die Arbeitslosenunterstützung entzogen werden (§ 92 Absatz 1).

Nachdem die Reichsanstalt in einer besonderen Verfügung vom 20. Dezember 1930 auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit solcher Veranstaltungen hingewiesen hat, wurden allerorts Fachkurse für jugendliche Erwerbslose Handwerker eingerichtet. Dies dürfte wohl auch in besonderer Maße für die Angehörigen des Malerberufes zutreffen. Gerade der Malerberuf ist durch die Ungunst der Zeitverhältnisse, durch das Daniederliegen des gesamten Baumarcktes, mit in eine starke Arbeitslosigkeit seiner Berufsangehörigen einbezogen.

An dieser Stelle kann natürlich nicht von allgemein geltenden Richtlinien bei der Einrichtung des Lehrplans für jugendliche Maler die Rede sein. Dazu sind die Voraussetzungen, die in der Struktur des Berufes liegen, bei den einzelnen Arbeitsämtern zu verschieden. Hinzu kommt, daß nicht überall die Zweckmäßigkeit einer guten Fachfortbildung und Unterrichtsverteilung gegeben ist. Aber das eine kann festgehalten werden, daß Fortbildungen nur unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der Berufsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen wurden. Es kam also nicht darauf an, schlechthin junge Maler zu beschäftigen, sondern sie in besonderen Techniken fortzubilden, die von einem guten Fachmann immer wieder verlangt werden.

Am Orte des Verfassers befindet sich eine Handwerker- und Kunstgewerbeschule. Ein Fachlehrer, ein gelernter Malermeister, der schon seit Jahren als hauptamtliche Kraft an der Schule tätig ist, übernahm den Unterricht. Es wurden sechs Wochen lang wöchentlich sechs Stunden Unterricht gegeben. Die arbeitslosen jugendlichen Maler im Alter von 17 bis 21 Jahren nahmen in einer Schülerzahl von je 18 bis 20 Personen am Unterricht teil. Die Arbeiten wurden am Reißbrett ausgeführt. Farben und Papier stellte das Arbeitsamt zur Verfügung. Pinsel und Arbeitskleidung hatten die jungen Gehilfen zum Unterricht mitgebracht.

Nach Angaben des Fachlehrers, der auch Unterricht an der Berufsschule erteilt, kam es vor allen Dingen darauf an, die jungen Malergehilfen in das Gebiet der Schriftmalerei, der perspektivischen Malerei und der Farbgestaltung einzuführen. Denn eine Einführung, eine Anregung, konnte es ja nach dem gegebenen Unterrichtsprogramm nur bleiben. Das aber das Wertvolle an den einzelnen Arbeiten war, die die Schüler anzufertigen hatten, war dies, daß sie mit großem Eifer an die Lösung der gestellten Aufgaben herangingen, die besonders Freude machen mußten. War es doch so, daß ein großer Teil der blutjungen Malergehilfen große Lücken in ihrer Fachausbildung aufwiesen, was auf eine teils mangelhafte Ausbildung während der Lehrzeit hinweist, und — es muß wohl auch dies gesagt werden — teils auf die Lässigkeit der einzelnen Berufsangehörigen zurückzuführen ist.

Die Sznangriffnahme der Arbeiten war aus eben diesen Gründen genau so interessant als verschieden. Da war es manchen Malergehilfen sauer geworden, Schriften zu schreiben und zu malen. Abschätzung der Fläche und Schulung des Auges zum richtigen Erfassen der Arbeit wurden daher sorgfältig geübt, und im Laufe der Unterrichtsstunden konnte durch die verbessernde Hand des Lehrers manches Grobe und Unbeholfene über Bord geworfen werden.

Auch bei dem rein perspektivischen Malen, vor allen Dingen bei der Raumgestaltung, wurden bei schwierigeren Arbeiten manche groben Fehler gemacht. Hier kam es aber vor allem darauf an, neben einer guten Raumgestaltung die Harmonie der Farben herbeizubringen. Das wird immer ein schwieriges Aufgabengebiet beim Malen bleiben, da diese Arbeiten feines Farbensmpfinden und ein gutes Auge verlangen und immer stark der Mode unterworfen sein werden. In bezug auf Farbgestaltung wurde der Phantasie denn auch freier Spielraum gelassen, und es war erstaunlich, wieviel verschiedene Lösungen bei einem gegebenen Motiv mit dem Pinsel herausgearbeitet wurden. Gerade durch diese Übungen wurden bei den meisten der Kursusteilnehmer neue Gedanken geweckt, die sich sicherlich später in weiteren Formen auswirken lassen werden.

Als weiterer Übungsstoff kam das Arbeiten mit dem Spritzverfahren in Anwendung. Wie viele mögen das erste Mal eine Spritzpistole in der Hand gehalten haben? Auch hier zeigten die Arbeiten ein bestimmtes Wollen und Drängen nach dem Vollkommenen und Ganzen. Fast ausnahmslos wurde bedauert, daß ein solcher Kursus nach sechs Wochen zu Ende war. Zu gern hätte man weitergearbeitet, um sich in seinem Beruf zu vervollkommen, aber auch, um über die Erlebe der Zeit hinwegzukommen. Fast ausnahmslos war man mit Eifer bei der Arbeit. Durch die Ausbildung ist dann auch den Arbeitsvermittlern die Möglichkeit gegeben, bei ihrer Vermittlungstätigkeit die erworbenen Spezialkenntnisse des jungen Malers dem Arbeitgeber mitzuteilen. Eine Teilnahmebescheinigung kann auch der Malerkursist dem Meister vorweisen.

Durch diese Maßnahmen, die ihre Fortsetzung finden, dürfte ersichtlich sein, daß ein Arbeitsamt nicht nur lediglich die „Stempelbude“ ist, sondern daß die maßgebenden Stellen auch ein Interesse daran haben, unverschuldet arbeitslos gewordene Maler dem Arbeitsmarkt als vollwertige Fachkräfte zu erhalten und immer wieder fortzubilden. W. K i e m e r.

Die Brauns-Kommission zur „Arbeitsbeschaffung“

Der Anfang Mai erschienene zweite Teil des Gutachtens der zur Prüfung der Arbeitslosenfrage eingesetzten Gutachterkommission beschäftigt sich mit der Frage der „Arbeitsbeschaffung“ und nimmt weiter Stellung zur „Arbeitsbeschaffung“ und zur „Arbeitsbeschaffung“.

Die Arbeitsbeschaffung

Der grundsätzliche Teil des Gutachtens kann unsere Billigung finden, wenn auch zur Überwindung der Arbeitsmarktkrise eigentlich nichts gewonnen wird, weil zur Durchführung der aufgezeigten an sich großzügigen Maßnahmen nur eine Kleinigkeit fehlt, nämlich das Geld, Auslandsanleihen. Da letztere, wie das Gutachten betont, zur Zeit kaum aufzulegen sind, hat das Gutachten im Augenblick sehr bedingten Wert. Aber es hat doch einen recht großen Wert dadurch, daß es die systematische, organisierte und vom Reich beeinflusste Arbeitsbeschaffung als dringend notwendig erklärt. Die Arbeitgeber, und von ihnen beeinflusst, ein Teil der Öffentlichkeit lehnen diese Form der Arbeitsbeschaffung grund-

fällig ab. Sie helfe gar nichts. Ja, sie schade nur, weil sie lediglich eine Verschiebung (und zwar eine ungewollte und schädliche) des der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kapitals bedeute. Was sie diesen Arbeiten zuwende, entziehe sie der freien Wirtschaft. Dem Sznangriff bringen auf der einen Seite stehe ein Arbeitslosmachen auf der andern Seite gegenüber. Dieser These tritt das Gutachten mit großer Entschiedenheit entgegen. Nachdem es die wirtschaftlichen und die innerdeutschen Ursachen der Krise untersucht und eine Reihe politischer, teils nur international zu regelnder Vorschläge angedeutet hat, konzentriert sich das Gutachten auf „die Möglichkeiten unmittelbarer oder mittelbarer Arbeitsbeschaffung, die im innerdeutschen Entscheidungsbereich liegen“. Es sucht mit Recht den Wert dieser Arbeitsbeschaffung darin, daß die private Wirtschaft angereizt werden müsse.

Alle Maßnahmen dieser Art müssen darauf abzielen, die Erhaltung, in der sich heute unsere Wirtschaft befindet, zu lösen und in Deutschland brachliegende Arbeitskräfte, Produktionsmittel und Warenvorräte produktiv zu nutzen. — Die Bemerkungen, die heute auf diesem Gebiet liegen, sind zu bekannt, als daß sie an dieser Stelle geschildert werden müßten. Diese Lage zwingt dazu, der durch äußere Umstände gegebenen Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch eine Kapitalverbürgung auf Grund öffentlicher Kredite neue Arbeitsbeschaffung geschaffen wird, die ihrerseits ausstrahlt auf Beschäftigung und Absatz der heimischen Gesamtwirtschaft. Das natürliche Beschäftigungsfeld werden dabei solche Aufgaben sein, die sich für eine zentrale Planung eignen, dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen und durch ihren Ertrag das aufgewandte Kapital lohnen. — Über den unmittelbaren auf Arbeitsbeschaffung gerichteten Maßnahmen sind selbstverständlich auch solche geboten, die mittelbar das gleiche Ziel erstreben, indem sie die private Initiative wecken und fördern.

Diese Sätze behalten ihre Gültigkeit auch dann, wenn aus allgemeinen finanziellen oder innerpolitischen Gründen im Augenblick das nötige Geld durch Auslandsanleihen leider nicht aufzutreiben ist. Auch wenn sich der Anleihemarkt wieder für Deutschland lockert, wird die Arbeitsmarktkrise wohl abgeschwächt, aber keineswegs behoben sein. In diesem Augenblick würde dann eine systematische Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch Arbeitsbeschaffung möglich und notwendig sein. Die „private“ Initiative bedarf auch dann und gerade dann des besonderen Anstoßes. Nichts ist so falsch wie die von Arbeitgeberseite immer wieder betonte Auffassung: Der Plan der Brauns-Kommission muß scheitern, weil Geld nicht aufzutreiben ist. Ist aber Geld wieder aufzutreiben, so ist der Plan überflüssig, weil die Wirtschaft von selbst wieder läuft. Wertvoll ist das Gutachten weiter deshalb, weil es dem Irrglauben entgegentritt, das Einflehen langfristiger Auslandskredite in die deutsche Wirtschaft sei als gefährlich abzulehnen. Es war Schachts Irrelehre, die verhindert hat, Anleihen zu begeben, als solche noch möglich waren und die Krise abschwächen konnten.

Die von der Kommission als förderungswürdig vorgeschlagenen Arbeitsgebiete bieten allerdings kaum Neues: Energiewirtschaft, Verkehrswesen, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen und Wohnungswirtschaft. Ueber Einzelheiten des Gutachtens zu diesem oft erörterten Programm läßt sich allerdings sehr streiten. So zum Beispiel, wenn angeleht wird, die Anlage großer innerdeutscher Durchgangstraßen für den Fernverkehr mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Was soll das alte Straßennetz verbessert und ausgebaut werden, aber die Schaffung großer Durchgangstraßen soll unterbleiben, um von der Eisenbahn den Wettbewerb des Personen- und Frachtautoverkehrs fernzuhalten. Diese Anschauung dürfte unhaltbar sein. Richtiger erscheint uns die Warnung vor weiteren großen Kanalbauten. Bezüglich der Vorschläge: landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen zu fördern, ist mit Bedauern festzustellen, daß die Brauns-Kommission mit keinem Wort Stellung nimmt gegen die verübte, nur den großen Grundbesitz einseitig begünstigende Sozialpolitik. Wer siedeln will, kann nicht

wollen, daß unsinnige Futtermittelzölle die Vieh- und Milchwirtschaft des Siedlers erdrücken. Die Kommission ging dieser heißen Frage aus dem Wege.

Es ist jedoch überflüssig, hier die Vorschläge der Brauns-Kommission im einzelnen zu kritisieren. Im ganzen entsprechen sie den auch von uns seit langem vertretenen Forderungen. Bemerkenswert ist, daß auch die Kommission weder bezüglich der Arbeitsgebiete noch bezüglich der Finanzierung irgend neue Wege wies. Und gerade die letztere Frage, die Finanzierung, ist der heikle Punkt, an dem im Augenblick die Durchführung des Programms scheitern wird.

Sehr viel kritischer stehen wir zu dem mit besonderem Nachdruck vertretenen Vorschlag des Gutachtens, die Löhne der bei Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung beschäftigten Arbeiter zu drücken. Im Abschnitt „landwirtschaftliche Meliorationen“ wird vorgeschlagen, die Mittel der wert-schaffenden Arbeitsloshilfe in besonderem Maß einzusetzen. Es heißt weiter:

Dafür scheint es aber der Kommission notwendig, die Bestimmungen über die Beschäftigung Arbeitsloser bei Meliorationsarbeiten zweckentsprechend anzuwenden. Die Arbeitslosen sollten dem Wert der Arbeiten angepaßt werden. Die Kommission empfiehlt, die Landesarbeitsämter darauf hinzuweisen zu lassen, daß bei den Meliorationen einer der Ausnahmefälle vorliegt, in denen die Höhe des Arbeitslohns nach § 139 Absatz 4 A.B.G.B. besonders festgesetzt werden kann.

Zu deutsch: der Lohn der bei Meliorationen beschäftigten Arbeiter muß gesenkt werden. Obwohl der Lohn bei diesen Arbeitern ohnehin gering ist, muß er weiter gesenkt werden. Der Lohn muß dem Wert der Arbeiten angepaßt werden, mag auch der Arbeiter dabei vor die Hunde gehen. In einem andern Abschnitt wird dieser Faden munter weitergesponnen und der Lohndruck bei allen solchen Arbeiten empfohlen. Es soll nämlich das für Arbeitsbeschaffung verfügbare Kapital möglichst gestreckt werden.

Die Fortsetzung des Arbeitsbeschaffungswerts hängt davon ab, daß die investierten Mittel in regelmäßigem Wechsel wieder zur Verfügung stehen und daß die Kosten so niedrig wie möglich gehalten werden.

Und weiter heißt es:

Deshalb sind Erwägungen durchaus in Ordnung, wie bereits zu ungewöhnlich niedrigen Bedingungen ausgeliehene Mittel zu ihrem gegenwärtigen Wert für den Kapitalstock der Arbeitsbeschaffung wieder zurückgewonnen werden können, und wie die Löhne dem Wert der Arbeiten angepaßt und mit Rücksicht auf die öffentlichen Leistungen geregelt werden können, ohne daß der sozialpolitische Charakter der Maßnahmen gefährdet wird.

Von dem Programm ist aus Gründen, die auch die Gutachterkommission nicht beheben kann, nicht viel durchführbar, aber die Empfehlung, den Lohn zu drücken, ist schon konkreter und ließe sich in jedem Fall durchführen. Die einen erfreut man mit einem Programm, das leider aus Kapitalmangel im Augenblick nichts nützt, die andern tröstet man damit, daß bei den noch durchführbaren Arbeiten die Löhne noch weiter heruntergedrückt werden sollen. Jedem das Seine. Ebenso wie in der Arbeitszeitfrage. Für die Arbeiter eine wunderschöne Deklaration, für die Arbeitgeber praktische, sofort durchführbare Vorschläge. Dafür danken die Arbeiter bestens. Die Kommission betet das dumme Gerede, Notstandsarbeiten seien teurer als andere Arbeiten, gedankenlos nach. Ja, sie „stellt“ es sogar ausdrücklich fest:

Es ist ferner die Feststellung zu treffen, daß aus verschiedenen Gründen die Gesamtkosten solcher Arbeitsbeschaffung in der Regel nicht unerheblich höher sind als solche der Privatwirtschaft bei der Durchführung ähnlicher Aufgaben erwachsen.

Zufänglich trifft das für vernünftig geleitete Arbeiten heute keineswegs zu. Aber mit dieser Feststellung mußte der Vorschlag auf Lohnabbau „begründet“ werden.

Die Kommission hat auch die Frage geprüft, ob es möglich und zweckmäßig ist, durch Lohn- oder Zinszuschüsse private Unternehmer behufs Erhaltung oder Erweiterung ihrer Tätigkeit zu subventio-

Die Stadt der internationalen Hygiene-Ausstellung

Von Fris Hansen, Berlin.

Ein Gebiet, so groß, daß es das ganze Leben umfaßt, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht, macht in diesem Jahre wieder die Internationale Hygieneausstellung zum Gegenstand ihrer Schau. Damit wird Dresden zu einem der bestbelebtesten Schauplätze werden, und selbst derjenige, der schon oft im Elbflorenz Herbers weilte, entdeckt dort immer neue künstlerische und landschaftliche Reize. Was Börne von Paris sagt, daß es ein aufgeschlagenes Buch sei, trifft auch auf Dresden zu; in den Straßen seiner Altstadt wandern, die Kunststimmungen und Bauten besichtigenden, heißt Kunst- und Kulturgeschichte treiben.

Das 19. Jahrhundert hat trotz seiner in gewissen Sinne kulturfeindlichen und zerstörenden Einflüsse, trotz aller sogenannten Verbesserungen des Stadtbildes die alte Schönheit der Rokoko- und Barockbauten des 18. Jahrhunderts, die August der Starke und seine Nachfolger schaffen ließen, nicht zerstören können. Von der Brühl'schen Terrasse, dem „Balkon Europas“, fällt der Blick auf die katholische Hofkirche, die der Nachfolger August des Starken errichtete und die italienische Bauanfänger geheimnisvoll erbauten, weil der König den Anmut des Volkes darüber fürchtete, daß das Königshaus zum Katholizismus übergetreten war. Die reizvolle Schönheit dieses zierlichen Kirchenbaues mit den 78 Heiligenfiguren gibt gemeinsam mit dem durch eine Ueberbrückung verbundenen Residenzschloße und der Terrasse die weltbekannte Baignette, die man das malerische Monogramm von Dresden nennen kann.

Das bedeutendste Bauwerk aber, mit keinem andern in der Welt vergleichbar, ist der Zwinger. Eine herausragende Sinnlichkeit der Formenfülle, leicht, kühn und immer elegant ist hier der Barockstil in grandioser Leichtigkeit auf die Spitze getrieben. Dabei handelte es sich ursprünglich nur darum, eine Arena für die prunkvollen Feste August des Starken zu schaffen. Der Erbauer, Pöppelmann, hat seinem Fürsten damit ein unvergleichliches Denkmal geschaffen.

Im Stadtbilde der sächsischen Hauptstadt dominiert auch die Kuppel der Frauenkirche mit ihrer Rokokoherlichkeit. Ihr Erbauer, Georg Bähr, ein einfacher Ratszimmermeister, hat als Autodidakt damit ein Werk geschaffen, das ihn hierin neben Michelangelo stellt. Die Natur und Kunst in Dresden zusammenwirken zeigt der größte Park Sachsens, der Große Garten mit einem Palais, das im italienischen Renaissancestil erbaut ist. Der Park mit seinen Teichanlagen, seinen alten, mächtigen Bäumen und reizvollen Blumenanlagen und Standbildern erzählt in unserer entgötterten Zeit Märchen aus längst vergangenen Tagen fürfürstlichen Glanzes und königlicher Pracht in einer Landschaft, deren Grundzug höchste Anmut ist.

Die Ohrfeige

Wohl jeder hat in seinem Leben ein Erlebnis gehabt, das für immer im Gedächtnis haftet. Mir geht es so mit einer Episode aus meiner Lehrzeit; es ist die Geschichte von meiner ersten und, um es gleich vorweg zu sagen, meiner einzigen Ohrfeige.

Wenn man seine ganze Kindheit mit Söhnen von Kleinhandwerkern verlebt und gesehen hat, eine wie lockere Hand die meisten Handwerksmeister haben und bei der geringfügigsten Kleinigkeit, oftmals ohne jeden Grund, ihre Wut an den wehrlosen Lehrlingen auslassen, dann geht man mit einer nicht zu knappen Portion Angst und Mißtrauen in die Lehre.

Um so angenehmer enttäuscht war ich von meinem Lehrmeister und dessen Frau. Sie stammten beide aus Berlin, waren aber durch irgendwelche Umstände, die mir nicht bekannt sind, nach Neustadt, einer kleinen Stadt am Rande der sächsischen Schweiz, übergesiedelt. Dort betrieben sie ein Malergeschäft mit vier bis fünf Gehilfen und jeweils einem Lehrling. Dieser Lehrling war vom Jahre 1909 an ich. Ich kann zugeben, ich habe im ersten Jahre meiner Lehrzeit viel vermurrt, auch später mitunter noch, aber immer kam ich mit einem Verweis und gutgemeinten Ermahnungen davon. Daß unter diesen Umständen die erste Ohrfeige wohlverdient gewesen ist, gebe ich ohne weiteres zu. Es war im zweiten Jahre meiner Lehrzeit, im Winter 1910/11. In einer von uns vorge-

richteten Etage, die demnächst von jungverheirateten Leuten bezogen werden sollte, mußte ich noch einige Fenster lackieren. Um das Eis abzutauen und die Fenster trocken zu bekommen, auch um mir ab und zu einmal die Finger wärmen zu können, machte ich von dem Angebot des Hauswirtes, mir von ihm Kohlen zu holen und einzuhetzen, bereitwilligst Gebrauch und machte einen tüchtigen Brand in den Küchenofen. Nach kurzer Zeit, ich hatte noch nicht das Küchenfenster fertig lackiert, kam die junge Frau. Ihr erster Gang war an den Küchenofen. Sie machte die Tür der Bratröhre auf und — dichter Qualm schlug uns entgegen. In der Röhre stand ein Karton. Ich hatte vergessen, vor dem Anheizen in die Röhre zu sehen. Der Karton enthielt für sämtliche Fenster der Wohnung neue Gardinen, fein verpackt, die nun vom Boden des Kartons aus bis zum Deckel in der Mitte durchgebrannt waren. Hier lernte ich kennen, was es heißt: „Da werden Weiber zu Hyänen.“ Heute möchte ich weiter nichts als ein Bild von damals, damit ich sehen könnte, wie bedeppt ich dagestanden habe. Sie rannte natürlich sofort zu meinem Meister. Er war nicht da, dafür erschien sofort die Meisterin und beschah sich das Theater. Den Redeschwall der Gardinenbesitzerin beschwichtigte sie mit den Worten: „Na, nu rejen Se sich man nich zu sehr uff, det is ja alls nich so schlimm. Jeben Se man den janzten Klumpack her.“ Sie nahm den Karton, den ich inzwischen gelöst hatte, samt traurigen Inhalt unter den Arm, und ich mußte mit ihr nach Hause. Unterdessen war auch der Meister heimgekommen. Hier bekam ich nach Schilderung der ganzen Ereignisse meine erste, einzige, aber gepfefferte Ohrfeige. Ich habe mit keiner Wimper gezuckt; denn ich hatte mit bedeutend mehr gerechnet. Stets werde ich, genau wie an die Ohrfeige, auch an das noble Verhalten meines Lehrmeisters und dessen Frau denken. Sie erfetzten den ganzen, beträchtlichen Schaden, nicht einmal mein Vater hat davon erfahren. Die einzige Strafe für mich bestand noch darin: ich mußte sämtliche noch unverkehrten Stückchen ausschneiden; sie wurden alle zusammengeknüpft, und ich bekam diese Gardinen-Musterkollektion als stete Mahnung vor mein Kammerfenster gehangen. R u d o l f.

nieren. Diese Frage wird auch in Arbeiterkreisen sehr stark erwogen. Der Gedanke, den Betrieb in irgendeiner Form zu stützen, um dadurch die sonst eintretende Arbeitslosenunterstützung zu ersparen, erscheint im ersten Augenblick durchaus einleuchtend. Auch der Vorstand der Reichsanstalt hat ihn wiederholt eingehend geprüft und mußte zu einer Ablehnung kommen. Auch die Sachverständigenkommission verneint diese Frage. Das Gutachten sagt:

Es ist auch die Frage geprüft worden, ob durch Lohn- und Zinszuschüsse private Unternehmer Subventionen behufs Erweiterung ihrer Tätigkeit erhalten sollen. Im allgemeinen ist nach den bisherigen Erfahrungen diese Frage zu verneinen. Subventionen können leicht zur Verlagerung von Standorten, Aufträgen und Kapital und zu Schädigungen der nicht subventionierten Industrie in ihrem Bestreben, eine geregelte, private Wirtschaft aufrechtzuerhalten, führen."

Arbeitsdienstplicht

Nachdem vor einiger Zeit im Reichsarbeitsministerium eine eingehende Aussprache im größeren Kreise (Befürworter und Gegner der Arbeitsdienstplicht) stattfand und eine ernsthafte Prüfung zeigte, daß ganz abgesehen von der von uns stets vertretenen grundsätzlichen Ablehnung, die Durchführung einer Arbeitsdienstplicht schon an den Kosten und der Unergiebigkeit der Arbeiten scheitert, sind die lauten Rufe nach einer allgemeinen Arbeitsdienstplicht ziemlich verstummt. Auch die Gutachterkommission kommt zur Ablehnung. Das Gutachten sagt:

Die Kommission hält die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstplicht nicht für ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes."

Freiwilliger Arbeitsdienst

Über ein neues Schlagwort ist aufgetaucht: „freiwilliger Arbeitsdienst“. Das Gutachten beschäftigt sich auch hiermit und empfiehlt seine „Förderung“. Was soll darunter verstanden werden? In der Publizistik sind Ziele und Durchführung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ höchst unklar und verworren. Praktisch wird aber bereits eine Form angewandt, die höchst bedenklich ist. Es soll nämlich den Landwirten, die bisher ausländische Arbeitskräfte beschäftigten und jetzt als Ersatz der Ausländer deutsche Arbeitslose einstellen, die nicht berufsmäßig der Landwirtschaft angehören (also städtische Arbeitslose), ein beträchtlicher Zuschuß aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung zum Lohn gewährt werden. Der Zuschuß soll die Minderleistung des städtischen Arbeitslosen, der den Tariflohn erhalten muß, ausgleichen. Diese Maßnahme soll eine Unterstützung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ darstellen. Tatsächlich ist sie eine verdeckte Subvention an bestimmte landwirtschaftliche Betriebe, die ohnehin den ohnehin miserablen Lohn des deutschen Landarbeiters gefährdet und zum Lohnruck und damit zu wirtschaftsstörenden Reibungen führt. Diese Gefahr ist dem „freiwilligen Arbeitsdienst“ überhaupt eigen. Zwar engt die Kommission die Art der Arbeiten ein. Sie sagt:

Eine selbstverständliche Voraussetzung für die Arbeitsgelegenheiten, die im freiwilligen Arbeitsdienst ausgenutzt werden sollen, ist, daß sie die Arbeitsmenge über das Maß hinaus erweitern, das vorhanden ist oder auf anderem Wege, insbesondere dem der Notstandsarbeiten, verfügbar gemacht werden könnte."

Und weiter:

Schwerfgefallen der Durchführung werden sich zunächst in der Beschaffung zusätzlicher Arbeit zeigen. Man wird sich deshalb nicht, wie bei der Notstandsarbeit und der Pflichtarbeit, auf die öffentliche Hand als Träger beschränken können, sondern man wird Verbände mit gemeinnützigen Zielen als Träger auch dann heranziehen müssen, wenn sie Arbeiten bereitstellen, die zunächst einem beschränkten Personenkreis (Mitglieder oder hilfsbedürftigen Kreisen) zugute kommen."

Aber auch derart eingengt, bedrohen diese Arbeiten wieder die Notstandsarbeiten, weil zugunsten des freiwilligen Arbeitsdienstes die ohnehin beschränkten Mittel weiter verknappt würden. Außerdem käme es tatsächlich auf einen Lohnruck hinaus. Der „freiwillige Arbeitsdienst“ ist entweder eine für das Gesamtproblem belanglose Spielerei oder aber, im größeren Maßstab durchgeführt, eine sehr ernste Gefahr, gegen die sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit wenden müssen.

Pflichtarbeit

Es zeigt sich in den öffentlichen Debatten das Streben, die Pflichtarbeit stärker zu verallgemeinern. Das Gutachten der Brauns-Kommission unterstützt dieses Drängen. Zur Zeit kann für durch die Versicherung unterstützte Arbeitslose unter 21 Jahren und für Krisenunterstützte ganz allgemein die Unterstützungslieferung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden. Eine Verordnung bestimmt, daß die Arbeitsleistung in der Regel 16 Stunden wöchentlich nicht übersteigen soll. Der Träger der Arbeit soll dem Pflichtarbeiter eine gewisse Entschädigung als Zuschlag zu seiner Unterstützung gewähren. Der Zuschlag soll aber nicht 50 % der Hauptunterstützung, die der Arbeitslose für die Dauer der Pflichtarbeit erhält, übersteigen. Während ursprünglich das Gesetz die Anordnung der Pflichtarbeit, die Auswahl der Arbeiten und die Höchstarbeitsdauer dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes übertrug und sogar den Beschluß an eine Zweidrittelmehrheit band, hat die Verordnung vom Juli 1930 diese Befugnisse einzig dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes übertragen und den Verwaltungsausschuß völlig ausgeschaltet. Das Gutachten will darüber hinausgehen. Es sagt folches zwar nicht klar heraus, es stellt aber als Richtlinie auf:

Pflichtarbeit ist nicht nur im Rahmen der öffentlichen Fürsorge und der Arbeitslosenversicherung, sondern auch im Rahmen der Arbeitslosenversicherung unter bestimmten Voraussetzungen betriebl. und gewerblich."

Da heute schon im Rahmen der Arbeitslosenversicherung Pflichtarbeit beschränkt zugelassen ist (Jugendliche bis zu 21 Jahren), kann nur gemeint sein, auch im Rahmen der Arbeitslosenversicherung die Pflichtarbeit allgemein zuzulassen. Somit hätte die Forderung: „Bei der gegenwärtigen Neuregelung der Arbeitslosenhilfe in diesen Gebietsämtern Rechnung zu tragen“ keinen Sinn. Denn von den vierer aufgeführten zwei Punkten erklärte der eine nur Sinn und Zweck der Pflichtarbeit und der andere war eine Reihe von Arbeitsmöglichkeiten, nämlich:

1. Die Pflichtarbeit kommen, soweit sie gemeinnützig sind, im Rahmen der öffentlichen Fürsorge und der Arbeitslosenversicherung zum Ausdruck. 2. Die Pflichtarbeit kommen, soweit sie gewerblich sind, im Rahmen der Arbeitslosenversicherung zum Ausdruck. 3. Die Pflichtarbeit kommen, soweit sie gewerblich sind, im Rahmen der Arbeitslosenversicherung zum Ausdruck. 4. Die Pflichtarbeit kommen, soweit sie gewerblich sind, im Rahmen der Arbeitslosenversicherung zum Ausdruck.

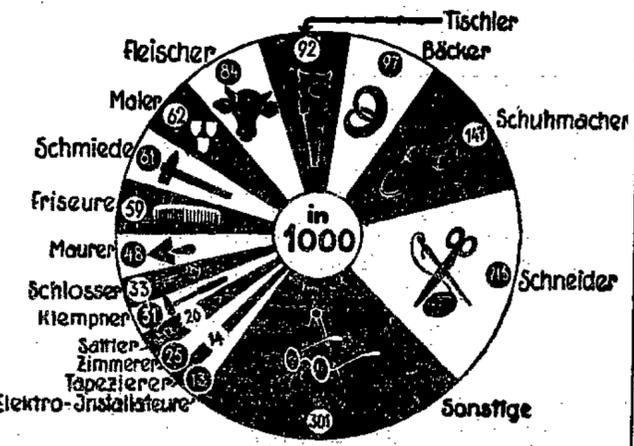
Entwässerungsanlagen, gemeinsame Bodenverbesserung.

Eine „gesetzliche Neuordnung“ läme also darauf hinaus, die Pflichtarbeit ganz allgemein und für alle Arbeitslosen zuzulassen.

Die vorsichtige Formel: „soweit sie gemeinnützig sind“ deutet auf eine weitere Verschlechterung. Bisher müssen die Arbeiten „gemeinnützig“ sein. Die Pflichtarbeit soll also erheblich verbreitet und auch andern als gemeinnützigen Zwecken dienstbar gemacht werden. Letzteres wird allerdings heute schon versucht, indem in den städtischen Bezirken die Arbeitslosen bei Arbeiten, die von der DfHilfe finanziert werden, allgemein zu Pflichtarbeiten angehalten werden sollen. Der „notleidenden“ Landwirtschaft wird zu Bodenverbesserungsarbeiten billige Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Um dies noch ausgiebiger besorgen zu können, wird jetzt gar erwogen, im Rahmen von je drei Wochen die wöchentlich 16 Arbeitsstunden zusammenzulegen, so daß der Arbeitslose jeweils für zwei Wochen seine Unterstützung erhält, die ganze dritte Woche aber

Die Zusammensetzung des Handwerks

Zahl der Betriebe in Tausend:



für seine Unterstützung arbeiten muß. Dabei gilt die Arbeitswoche natürlich als Unterstützungswoche und rechnet in die Höchstdauer seiner Unterstützung ein.

Was eine solche Ausweitung der Pflichtarbeit mit Arbeitsbeschaffung und Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun hat, ist wirklich unklar. Und will scheinen, als würde das genaue Gegenteil erreicht, nämlich eine sich bietende Arbeitsgelegenheit dem freien Arbeitsmarkt entzogen, nur mit dem kleinen Unterschied, daß kein erhöhter Lohn gezahlt, sondern auch hier Lohnruck geübt werden soll.

Das Fazit.

So wenig das erste Gutachten die Gewerkschaften befriedigen konnte, so wenig kann es das zweite Gutachten. Sicher handelt es sich um eines der schwierigsten Probleme, wie die jahrelangen Auseinandersetzungen in Deutschland und auch besonders in England beweisen. Wertvoll ist, daß sich das Gutachten grundsätzlich für eine organisierte, gegebenenfalls auf Auslandsanleihen aufbauende Arbeitsbeschaffung einsetzt. Seine Schwäche ist, daß die Vorschläge aus Mängeln der Geldbeschaffung zur Zeit kaum durchführbar sein werden. Aber es wird seinen Wert für eine Zeit behalten, in der Anleihen möglich sein werden. Der große Fehler des Gutachtens aber ist, daß es nur einen im Augenblick durchführbaren Vorschlag enthält, nämlich den Lohnruck.

Nachteilige Bestimmungen im Lehrvertrag.

Trotz eindringlicher Ermahnungen durch alle Funktionäre unseres Verbandes, die an die Eltern der Schulentlassenen gerichtet wurden und worin ihnen immer wieder vor Augen geführt wurde, daß sie beim Abschluß eines Lehrvertrages zu vorsichtig sein müßten, werden immer noch Verträge abgeschlossen, die für die Lehrlinge und deren Eltern außerordentlich nachteilige Bestimmungen enthalten. Sehr oft wird der vom Meister vorgelegte Lehrvertrag überhaupt nicht erst durchgelesen, sondern einfach vorbehaltlos unterschrieben. Daran ist wohl teilweise mit die Auffassung schuld, daß sich an dem Lehrvertragsformular, das von der Handwerkskammer, also von einer halbamtlichen Körperschaft, herausgegeben wird, nichts mehr ändern läßt. Erst später merken dann die Eltern, welche Unvorsichtigkeit sie mit der Unterzeichnung begangen haben, denn nun erfahren sie, daß der Vertrag einseitig zugunsten des Lehrmeisters abgefaßt ist.

So enthält der Lehrvertrag, herausgegeben von der Handwerkskammer Oberfranken, einen Paragraphen 7, der folgenden Wortlaut hat:

VI. Erziehungs- und Unterhaltungsbeitrag.

- § 7.
- Der Lehrherr leistet für den Lehrling als Erziehungs- und Unterhaltungsbeitrag eine Vergütung von mindestens

24	ist den Tag	die Woche	die Stunde	im 1. Lebensjahr
3	:"	:"	:"	2
4	:"	:"	:"	3
5	:"	:"	:"	4
 - Diese Vergütung wird nur für die tatsächliche Arbeitszeit gewährt. Sie entfällt insbesondere für die Zeit des Besuches der Fortbildungsschule, für die Zeit der Erkrankung des Lehrlings, für die Dauer einer Beschäftigungslosigkeit, die durch Witterungsverhältnisse, Aufstragsmangel, Maschinendefekte und ähnliche vom Lehrherrn nicht verschuldete Umstände verursacht werden. Vor allem

besteht auch bei Saisongewerben während der Dauer der saisonmäßige Unterbrechung kein Anspruch auf Vergütung. Der Absatz 2 enthält so nachteilige Bestimmungen für den Lehrling und dessen Erziehungsverpflichtete, daß man sich wundert, wie ein derartiger Vertrag von einem denkenden Arbeiter unterzeichnet werden kann.

So war in einem Falle die Folge, daß der Lehrling mit seinem Anspruch auf Vergütung, die er für die Zeit seines Aussehens verlangte, von der Handwerkskammer Oberfranken auf diesen Passus hingewiesen wurde, mit dem Bemerkten, daß demnach eine Entschädigung nicht in Frage kommt. Auch für die Zeit des Besuches der Fortbildungs- beziehungsweise Berufsschule sei keine Entschädigung vom Lehrmeister zu zahlen.

Das Interessanteste ist aber, daß sich ausgerechnet die Handwerkskammer, für die der Lehrvertrag immer nur ein Erziehungsvertrag war, in diesem Falle den Standpunkt des Reichsarbeitsgerichts von der Doppelnatur des Lehrvertrages zu eigen macht und daraus ableitet, wenn schon ein Lehrvertrag mindestens teilweise auch ein Arbeitsvertrag ist, dann der Arbeitnehmer auch das Betriebsrisiko mit tragen müsse. Wenn wir uns bisher den Standpunkt des Reichsgerichts zu eigen machten, dann wurde immer wieder von den Arbeitgebern im Malergewerbe betont, daß bei der Struktur unseres Gewerbes doch von einem „Arbeitsverhältnis“ der Lehrlinge gar keine Rede sein könne. Hier handelte es sich nach wie vor um ein „reines Erziehungsverhältnis“. Eine tarifliche Regelung des Lehrlingswesens wurde deshalb auch von ihnen stets entschieden abgelehnt. Sie stützen sich dabei auch auf Auslassungen der Handwerkskammern, die in vielfachen Variationen vorliegen und in denen immer wieder der Standpunkt vertreten wird, daß das Lehrverhältnis ein Erziehungsverhältnis ist. Wenn es aber gilt, einen Arbeitgeber zu schützen und dem Lehrling das ganze Betriebsrisiko aufzubürden, dann entdecken auch sie auf einmal, daß der Lehrvertrag eine Doppelnatur hat, wenigstens zum Teil auch ein „Arbeitsvertrag“ ist.

Wie sehen aus diesem Beispiel wieder, wie sehr die Gesellenausschüsse bei den Handwerkskammern darauf achten müssen, daß nicht Lehrvertragsformulare herausgegeben werden und zur Verwendung kommen, in denen von vornherein schon der Lehrling beziehungsweise dessen Erziehungsverpflichtete völlig entrechtet werden und alle Lasten zu tragen haben.

Es ist höchste Zeit, daß der Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes nach den Forderungen der Gewerkschaft umgestaltet, endlich vom Reichstag verabschiedet wird.

Reform der Rechtschreibung tut not!

Nicht nur ein großer Teil der fortschrittlich eingestellten Lehrerschaft ist heute der Auffassung, daß unsere aus der kaiserlichen Zeit in die Republik hinübergerettete amtliche deutsche Rechtschreibung einer Reform bedarf, sondern auch weite Volkskreise, die mehr oder weniger mit irgendwelchem Schriftwerk zu tun haben, sind von der Notwendigkeit einer umfassenden Vereinfachung unserer Rechtschreibung überzeugt. Entschließungen der verschiedenen Lehrervereine und anderer Organisationen sind in den letzten Jahren mehrfach gefaßt worden. Einzelne haben in den verschiedensten Landesteilen aus dieser Einsicht heraus selbständig die Fesseln der amtlichen Rechtschreibung abgestreift und sind zur Tat geschritten, indem sie sich ihre Rechtschreibung so zugutstun, wie sie ihnen genehm ist. Wenn man bedenkt, wieviel kostbare Zeit allein in den Schulen beim Unterricht der Kinder mit dem Lernen der amtlichen Rechtschreibung verthan wird, dann drängt sich ganz von selbst der Gedanke auf, daß hier besonders eine Vereinfachung not tut. Von den sogenannten Gebildeten werden die Volksgenossen, die nicht „richtig schreiben“ können, meistens mitteilig lächelnd über die Unheil angeschaut, und dennoch wird selbst in jenen Kreisen zugegeben, „daß man heute selbst in Kreisen, von denen man bessere Kenntnis der Rechtschreibung erwarten sollte, eine fürchterliche Unsicherheit hinsichtlich der Großschreibung beobachten und häufig erleben kann, daß selbst zweifelsfreie Hauptwörter klein geschrieben werden“. Diese Worte, die ein Kapitänleutnant schrieb, erfahren noch eine besondere Beleuchtung durch einen andern Satz: „Nur die geistig arbeitende Oberschicht sämtlicher Berufsstände wird die Rechtschreibregeln unter allen Umständen beherrschen lernen.“

Die Buchdrucker, die von Berufs wegen sich tagtäglich mit der Rechtschreibung herumplagen müssen, haben wiederholt, ebenso wie die Lehrer, gegen diese unhaltbare Rechtschreibung Stellung genommen. In dem soeben erschienenen *Maifest* des offiziellen Organs des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, den „*Typographischen Mitteilungen*“, schreibt der Vorstand jener Organisation eine Umfrage über die Reform der Rechtschreibung aus, deren Beantwortung bis zum 1. Juni an seine Geschäftsstelle, Berlin S W 61, Dreibundstraße 5, erfolgen soll. Er wendet sich zunächst zwar nur an den Kreis der Buchdrucker, hält es aber für äußerst wertvoll, daß auch andere Berufsstände sich an dieser Abstimmung beteiligen. Wir lassen aus diesem Grunde nachstehend den Wortlaut des Stimmzettels folgen, weil wir der Auffassung sind, daß es nichts schaden kann, wenn auch aus unsern Kollegenkreisen sich eine große Anzahl an dieser Abstimmung beteiligt. Auf dem Stimmzettel sind die folgenden Fragen gestellt:

- (Nichtausgendes bitte zu streichen.)
- Ich bin für eine Reform der Rechtschreibung unter Beibehaltung der Großbuchstaben nur für Sahanfänge und für geographische sowie Eigennamen.
 - Ich bin für eine Reform mit absoluter Kleinschreibung.
 - Ich bin für die Beibehaltung der jetzt geltenden amtlichen Rechtschreibung.
- Ort und Tag: _____ Name und Beruf: _____

Aus unserem Verbandsleben

Zerbruch der Zwangsinnung Crimmitschau

Im Bereiche des dem Reichsbund zugehörigen Landesverbandes Sachsen genügt einigen Innungen der im Schiedspruch ausgesprochene Lohnabbau von 10 % noch nicht. Da es nicht unbedingt 20 oder 30 % geworden sind, für die man sich in einer Obermeistertagung unter Aufsicht des Landesverbandsvorsitzenden, Herrn D a h l i n g e r, stark gemacht hatte, wird versucht, trotz endgültigen Schiedspruches des Reichsarbeitsamtes brüchlich 20 % Abbau zu erzwingen. Der Landesverband ist allerdings an dieser Entwicklung nicht unschuldig; denn in dem Bericht über die zentralen Verhandlungen in der Nummer 18 der „Sächsischen Malerzeitung“ wird den Innungen ein solches Vorgehen mit folgenden Worten empfohlen:

„Wenn nur die einzelnen Innungen glauben, mehr erreichen zu können, als die Vertreter in Berlin erreicht haben, mögen sie nach ihren Beschlüssen, die sie zu der Obermeistertagung einstimmig gefaßt haben und die wir noch in einer gesonderten Niederschrift den einzelnen Abnehmerkreisen zugehen lassen werden, handeln.“

Die Zwangsinnung Crimmitschau nahm die Weisungen ihres Herrn und Meisters bitter ernst und beschloß einfach, 20 % abzubauen. Da die dortigen Kollegen für ein solches Vorgehen kein Verständnis hatten, strengte unsere Ortsverwaltung Klage an. Noch bevor es zu Verhandlungen kam, erhielt sie folgende Zuschrift der Zwangsinnung:

„Die unterzeichnete Innung erkennt den Reichsarbeitsvertrag an. Hierdurch wird Ihre Klage und alle Zusätze gegenstandslos.“

Damit ist der Sufarenritt des Herrn Obermeisters Ortel, dessen Tariftreue wir schon in der Nummer 19 des „Maler“ charakterisieren mußten, mit Erfolg zurückgewiesen. Für die Kollegen von Crimmitschau wird dieser Vorgang erneut Ansporn sein, ihre Filiale auszubauen, damit auch für eventuell spätere Fälle der entsprechende Widerstand geleistet werden kann. Den Unorganisierten und Wankelmütigen ist wieder einmal der Beweis erbracht, wie es um die Existenzverhältnisse der Kollegenchaft stehen würde, wenn nicht die Organisation derartiges Scharfmachereien mit der entsprechenden Energie entgegengetreten würde. Gegen solche Vorgänge gibt es eben nur eins, und das ist die Stärkung des Verbandes.

Was meinst Du, Kollege?

Diese Schlüsselwörter befinden sich am Ende des Leitartikels in Nr. 16 über „Schwere Kämpfe in Siegen“.

Die gestellte Frage will ich zu beantworten versuchen. Es gibt nur eine Macht, die stärker ist als der Unternehmerwille und der Unternehmerrwahnsinn in bezug auf Lohnabbau, die stärker ist als die kriegsbereite Geldgier profitbegehrter großer Unternehmer:

Das ist die organisierte Arbeiterklasse. Beseitigt sie die Macht der Kapitalisten. Sehr gut kennen wir die Grenzen der Macht der Arbeiterklasse und ihres stärksten Feindes, der freien Gewerkschaften. Der Weg, der beschritten ist, ist richtig und wird zum Ziele führen, wenn er gegangen und das Ziel im Auge behalten wird.

Die freien Gewerkschaften haben auch dann, wenn innenpolitische Verpflichtungen zu realpolitischem Handeln vorliegen, die ungeheure Bedeutung der internationalen Belange und die große internationale Kulturaufgabe der Arbeiterklasse nie vergessen. Die freien Gewerkschaften haben immer darauf hingewiesen, daß die jetzigen Fieberkrämpfe der Weltwirtschaft ihre Hauptursache in dem vierjährigen Weltwirtschaftskrisen finden, den man „Weltkrieg“ genannt hat. Der Weltkrieg allein ist gewiß nicht die einzige Ursache der Weltwirtschaftskrise. Die Hauptschuld trägt daran die privatkapitalistische Wirtschaftssystemverunstaltung. An die mit übermäßiger Hast betriebene Rationalisierung sei auch erinnert; aber der unmittelbare Ursprung dieser hartnäckigen und in solchem Ausmaß früher nicht gekannten Krise ist der Weltkrieg. Der aus dem Weltkrieg entsprungene blindwütige Haß kam hinzu, der nach Beendigung des Weltkrieges die zerrissenen Weltwirtschaftsfäden nicht wieder zusammenknüpfte, sondern sie noch mehr auseinanderriß. Diese Erkenntnis von der Verderblichkeit des verfallenen Weltkrieges zeigt uns den Zukunftsweg. Diese Erkenntnis führt aber zu der Folgerung, daß jeder Versuch zur Zersplitterung der freien Gewerkschaften ein verbrecherischer Verstoß ist gegen alle Vernunft, eine Schädigung der Klasseninteressen aller Länder, ein Sandlangerdienst für die kriegsbereiten Profitthoren.

Alle kraftgeschwollenen Versicherungen der Zersplitterer von der RSD. ändern nicht das Allgeringste daran. Auch ändert daran nichts das aus Dummheit und Kraftmeierei entsprungene gleiche Streben der von abgehalfterten und überflüssigen Offizieren geführten und verführten Nazis.

Eine jede Gewerkschaftsspaltung, auch der Versuch, bedeutet eine Machtverwässerung der Arbeiterklasse. Ausgehend von dieser Erkenntnis sind alle Motive zu einer Spaltung völlig belanglos, abgesehen davon, daß auch diese Motive durch aus verbrecherischer Natur sind.

Nur ein Bollwerk gibt es gegen den Unternehmerrwahnsinn — genannt Lohnabbau: Große, geschlossene, in sich gefestigte Machtkörper der Arbeiterklasse. Das sind die wirtschaftlichen Organisationen!

Gelingt es, sie zu schaffen oder, soweit vorhanden, sie zu erhalten und zu festigen, dann wird die Arbeiterklasse jene Aufgabe lösen, die die Kapitalisten nicht lösen können.

L. S a u j e r, Bremen.

Dresden. In der letzten Mitgliederversammlung erlebten die Kommunisten mit ihrer RSD. einen recht fatalen Reinfall. Bekanntlich schwärmt die kommunistische Presse in ihrem Kraftmeiereium überall von den angeblichen großen „Erfolgen der RSD.“, so auch in Dresden. Die Berichte über unsere Verbandsversammlungen klangen so, als ob die RSD. den ganzen Malerverband eingeschloßt habe, und der Berichterstatter der kommunistischen Presse war ein wahrer Hegenkünstler in Verdrehungen, so daß er selbst den größten Unsinn, den ein Kommunist in unsern Versammlungen verzapfte, als einen Erfolg für die RSD. hinstellte. Als man sogar so weit ging, die kommunistischen Redner als Mitglieder der RSD. zu bezeichnen, sah sich der Filialvorstand veranlaßt, hier einmal klare Bahn zu schaffen. Da es nicht angehen kann, daß ein Mensch zwei Organisationen angehört, wo die eine (RSD.) nur zu dem Zwecke gegründet wurde, die Gewerkschaften nach Strich und Faden herunterzureißen und zu spalten, beantragte der Filialvorstand den Ausschluß der in der kommunistischen Presse als Mitglieder der RSD. bezeichneten Kollegen. Daß dabei von dem üblichen Verfahren durch eine Mitgliederversammlung abgesehen wurde, hatte seine Ursache darin, daß sich jeder aus der Gewerkschaft selbst ausschließt, der gleichzeitig einer gegnerischen Organisation angehört. Ob dieses Verfahrens gerieten natürlich unsere Kommunisten gewaltig in Ekstase, obwohl in ihrer Partei nicht ein einziger Ausschluß durch die Mitgliedschaft, sondern nur durch ihre Parteibonzen vollzogen wird. Über ihnen ist ja jedes Mittel recht, um gegen die Gewerkschaften kämpfen zu können. Sie wollten nunmehr unsere Mitgliederversammlung zum Tummelplatz ihrer Drafen machen, indem sie an die menschlichen Gefühle der Kollegenschaft appellierten und diese veranlassen wollten, für Rücknahme der Ausschüsse zu stimmen. Dazu hatten sie vorher zu einer besonderen Protestversammlung im Rahmen der RSD. eingeladen und alles aufs beste vorbereitet. Die vier Ausgeschlossenen wurden zum Versammlungsort bestellt und ihre Zulassung zur Versammlung beantragt unter dem Vorwand, man müsse ihnen doch Gelegenheit zur Verteidigung geben. Aber, o weh! Vier lange Stunden mußten die armen Kollegen draußen stehen und dann wurde der gestellte Antrag auf Zulassung auch noch mit einer so überwältigenden Mehrheit von der Versammlung abgelehnt, daß dies für die Kommunisten geradezu eine Katastrophe bedeutete. Von allen Disziplinäreckern außer den Kommunisten wurde der Ausschluß von Mitgliedern, die der RSD. angehören, als der einzige Ausweg anerkannt, nur ging bei verschleierten die Art der Ausschüsse bedauerte und sie in Zukunft durch eine Mitgliederversammlung getätigt haben wollte, wurde aber ebenfalls abgelehnt. Doch nun kommt der Clou: Die Kommunisten stimmten selbst mit gegen diesen Antrag, weil er angeblich „Eimonade“ sei, und verhalten damit zur Ablehnung, so daß das Vorgehen des Filialvorstandes als richtig von der Versammlung sanktioniert wurde. Vielleicht hat sich mancher dieser „Selben“ nach der Versammlung erst überlegt, welche Wirkung ihre Taktik ausgelöst hat. Die Versammlung brach darüber auch in eine schallende Heiterkeit aus, als vom Versammlungsleiter festgestellt wurde, daß durch die Ablehnung dieses Antrages der Filialvorstand mit Hilfe der Kommunisten gedeckt worden ist. Einen schärferen Antrag aber getrauten sie sich angesichts der Stimmung in der Versammlung nicht zu stellen, weil dann ihre Blamage noch größer geworden wäre. Der sonst so rührige Berichterstatter der kommunistischen Presse hat angesichts dieses Ausganges auch ganz vergessen, darüber in seiner Presse zu berichten und wahrscheinlich mit Recht sich die Wirkung eines solchen Verhaltens auf die RSD.-Bonzen ausgemalt. Ihr früheres Renommieren über ihre angebliche Stärke in unserm Verband wurde am allerbesten durch das Wahlergebnis der Kandidaten zur Generalversammlung illustriert, wobei die beiden aufgestellten kommunistischen Kandidaten nur 31 Stimmen auf sich vereinigen konnten und die übrigen Kandidaten 150 bis 166 Stimmen. Wenn auch unsere Dresdener Kollegen bei weitem nicht an das Redefieber der Kommunisten heranreichen, so beweist dieses Ergebnis mit erfreulicher Deutlichkeit, daß sie ihre Vernunft und ihr klares Denken nicht verloren haben, und daran werden sich die Kommunisten die Zähne ausbeißen. Recht interessant ist aber die Wirkung der Ausschüsse auf die Großmäuligkeit der RSD.; denn auf einmal bestreiten alle, der RSD. anzugehören und beschwören ihre Verbandsstreue. Soll man eine solche Sache ernst nehmen? Es wird sich gar bald erweisen, daß die RSD. nichts anderes war, als ein groß angelegter Schwindel, der nur einen Zweck hat, zur Freude der Unternehmerr die Schlagkraft der Gewerkschaften zu schwächen. Darum, Kollegen, aufgepaßt; denn ihr selbst habt den Schaden zu tragen!

Mainz. Am 9. April fand unsere gut besuchte Filialvertreterkonferenz statt. Der Vorsitzende, Kollege L ä u f t, gedachte zuerst der im Jahre 1930 von uns geschiedenen 6 Kollegen, worauf er in kurzen Umrissen die Verhältnisse des vergangenen Jahres schilderte. Den Jahres- und Rassenbericht gab Johann Kollege K a r l a, der unter anderem ausführte, daß wir mit dem Jahre 1930 ein Jahr hinter uns haben, das als eines der schwärzesten in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet werden kann, ein Jahr, das einen bisher beispiellosen Tiefgang des politischen Lebens und einen ebensolchen Tiefstand der deutschen Wirtschaft aufweist. Die Wirtschaftskrise, von der nahezu alle Kulturstaaten der Welt erfaßt sind, drückte ganz besonders der deutschen Wirtschaft in immer mehr wachsendem Ausmaß ihren Stempel auf. Die Arbeitslosigkeit nahm einen nie geahnten Verlauf, und Millionen von Arbeitern bekamen die Arbeitslosigkeit in ihrer vollen Bitterkeit und Härte zu spüren. Für die Gewerkschaften und damit auch für unsere Organisation ergab sich durch das Daniederliegen der Wirtschaft eine ernste Situation; denn die Entwicklungs- und Erfolgsmöglichkeit der Gewerkschaft als Träger der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft, ist selbstverständlich in sehr hohem Maße von dem Stande der Wirtschaft abhängig und es ist deshalb kein Wunder, daß die Organisations-tätigkeit im vergangenen Jahre unter den nachteiligen Erscheinungen der großen Massenarbeitslosigkeit stand und an alle Beteiligten große Ansprüche stellte. Wenn wir nun in dem vergangenen Jahre trotzdem manche Erfolge erreichten und unsern Mitgliederbestand noch verbessern konnten, so ist das ein untrügliches Zeichen dafür, daß in der Filiale Mainz ein guter Geist herrscht, und diesem Umstand ist es auch in erster Linie zu verdanken, daß wir das vergangene Krisenjahr verhältnismäßig gut überstanden haben. Die Hoffnung auf eine Besserung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Jahr 1929, nach dem Abzug der Besetzung aus unserm Wirtschaftsgebiet, hat sich leider nicht erfüllt. Einerseits lag es daran, daß die meisten Kasernen und größeren Gebäude noch keinen Bestimmungszweck hatten und deshalb alles liegenblieb. Andererseits ist die Vergabung der wenigen Arbeiten in viel zu schleppender Weise und an einen entschieden zu großen Kreis von Unternehmern erfolgt, die vielfach die Arbeiten ausschließlich mit eigenen Kräften beziehungsweise ihren Lehrlingen ausführten. Anere wiederholten mündlichen Besprechungen als auch schriftlichen Eingaben, bei der Vergabung dieser Arbeiten in erster Linie solche Unternehmer zu berücksichtigen, die eine größere Anzahl Gehilfen aus dem Mainzer Wirtschaftsgebiet beschäftigten, hatten leider nicht immer den gewünschten Erfolg. Sonstige größere Bauten kamen nicht zur Ausführung und Privatarbeiten wurden selbstverständlich durch die schlechte Wirtschaftslage auch nur in sehr beschränktem Maße ausgeführt. Daß wir unter diesen Umständen, soweit wir dazu in der Lage wären die interessierten Kreise zu bewegen suchten Arbeit flüssig zu machen, ist selbstverständlich. Wir sind ferner zusammen mit der Innung wiederholt bei den verschiedensten städtischen und staatlichen Behörden in Mainz und Darmstadt vorstellig geworden und haben auch unser ganzes Filialgebiet mit circa 10 000 Flugblättern belegt, die der Reichsausschuß für Sachwert-erhaltung zur Bereitstellung von Winterarbeiten herausgegeben hat. Wenn der Erfolg unserer Bemühungen auch hinter den gestellten Erwartungen zurückblieb, so ist doch etwas hängengeblieben. Es ist selbstverständlich, daß auch unsere diesjährige Gesamtabrechnung unter der Erscheinung der Massenarbeitslosigkeit stand. Der Rassenbestand der Filiale betrug 3355,98 M. Ein Spiegelbild der Zeit geben die Unterstützungsleistungen, die sich gegenüber 1928 fast verdoppelt haben. Ganz besonders freudig wurde von unsern Kollegen die Sonderunterstützung der Hauptkasse für ausgesteuerte Kollegen begrüßt. Wir waren in der Lage an 396 Kollegen 5512 M. auszusahlen. Aus der Lokalkasse wurden an 285 Kollegen insgesamt 1351 M. ausgezahlt. Wir konnten ferner im Jahre 1930 an 32 Invaliden die Summe von 5880 M. zur Auszahlung bringen, ein erneuter Beweis dafür, daß unsere Organisation auch die alten Kollegen, die treu zu ihr gehalten haben, reichlich entschädigt. Eingehend berichtet Kollege K a r l a über die Lohn- und Tarifverhandlungen und die Bewegung der Industrie, die eine Lohnsenkung von 5 % vom Ecklohn brachte. In dem Opelbetrieb wurde eine Sondervereinbarung getroffen, auch das Dugerkommen war wie schon im vergangenen Jahre ein viel umstrittenes Streitobjekt. Es sollte die Zulage verschwinden, doch gelang es uns, sie zu halten. Die Organisations-tätigkeit innerhalb der Filialverwaltung war, bedingt durch die Verhältnisse, eine ziemlich reichliche. Trotz der schlechten Verhältnisse konnten wir unsern Mitgliederstand halten, er betrug am Ende des vierten Quartals 1042 Mitglieder. Davon waren beschäftigt im Handwerk 867 und in der Industrie 175 Kollegen. Invaliden hatten wir 59 und Lehrlinge 162. Einen ganz erfreulichen Aufschwung nahm im vergangenen Jahre unsere Jugendabteilung, die wir gut ausbauen konnten. Insgesamt fanden 23 Lehrlingsversammlungen statt, in denen Vorträge über die verschiedensten Gebiete gehalten wurden und die durchweg gut besucht waren. In den einzelnen Jahrestellen ist der Mitgliederbestand gegenüber den Vorjahren ziemlich stabil geblieben. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß im vergangenen Jahre ein gutes Stück Arbeit geleistet, und dies Lebensjahr gut überstanden wurde. Mit dem Dank an alle Kollegen, die zu ihrem Teil mit dazu beigetragen haben diesen Erfolg zu erringen, verband Kollege K a r l a die Bitte, auch im neuen Jahre wieder die ganze Kraft und das unbeschränkte Vertrauen der Organisation zu schenken; denn ohne die tatkräftige Mithilfe aller Kollegen sei jede Erfolgsmöglichkeit in Frage gestellt. Nur eine verständnisvolle und ersprießliche Zusammenarbeit kann und wird eine Stärkung der Gesamtorganisation im Gefolge haben. Auf Antrag des Revisors erfolgte einstimmige Entlastung des Kassierers. Eine weitere Diskussion fand nicht statt, was darauf schließen läßt, daß die Kollegen mit der geleisteten Arbeit zufrieden waren. Es erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Als Delegierte zum Verbandstag wählte die Filiale die Kollegen K a r l a und G r o s s. In vorgezogener Stunde konnte der Vorsitzende die vom besten Geist getragene Versammlung mit dem Dank an alle Kollegen schließen.

Marburg. Am 9. Mai konnte der Weißbinder, Kollege Karl M ö b u s, auf eine fünfundsiebzigjährige Tätigkeit bei der Firma Bayer & Sohn, Baudekoration, zurückblicken. Neben einem Geschenk von der Firma und der Arbeitskollegen wurde dem Jubilar vom Vertreter der Handwerkskammer eine Ehrenurkunde überreicht.

GRUNDWERT-KORREKTUR

Der linkshändige Arbeiter

Von Dr. W. Schweisheimer.

Ein linkshändiger Arbeiter, überhaupt ein Mensch, der linkshändig veranlagt ist, hat bei seiner Tätigkeit von vornherein gewisse Schwierigkeiten zu überwinden. Nicht als ob diese schon von Natur aus beständen. Der in freier Natur lebende Mensch war bei einer Bevorzugung der linken Hand ebensogut daran wie der Rechtshänder. Die Werkzeuge, Instrumente, Maschinen usw. des Kulturlebens sind aber — entsprechend der Mehrheit der Menschen — durchweg auf Rechtshändigkeit zugeschnitten. Diese Betonung wird noch stärker, je mehr die Entwicklung zur Normalisierung und Rationalisierung des Arbeitsgerätes und Handwerkzeuges führt.

Bei der Linkshändigkeit handelt es sich nicht um eine schlechte Angewohnheit, einen Erziehungsfehler oder etwas ähnliches, sondern um eine angeborene Naturveranlagung. Der Arbeiter, der, sobald es ihm möglich ist, die linke Hand bevorzugt, hat das schon und im höherem Maße als Kind getan. Die besondere Veranlagung ist in Eigenheiten des Gehirnbau's begründet. Alle Bewegungen werden vom zentralen Nervensystem, dem Gehirn und Rückenmark, aus geleitet und geregelt. Die beiden Gehirnhälften sind dabei nicht vollkommen gleich. Die Bewegungen des rechten Arms und der rechten Hand werden von der linken Gehirnhälfte aus geleitet; in Rückenmark sind die Nerven von und zum rechten Arm auf die linke Seite übergetreten und gelangen dann ins Gehirn. Umgekehrt befindet sich der Sitz für die Regelung der Tätigkeit des linken Armes und der linken Hand in der rechten Gehirnhälfte. Je nachdem nun die linke oder die rechte Gehirnhälfte stärker entwickelt ist, wird sich schon von Geburt an eine Neigung zur Rechtshändigkeit oder Linkshändigkeit bemerkbar machen. Beim Rechtshänder ist meist auch das rechte Bein und der rechte Fuß stärker, beim Linkshänder ist es umgekehrt.

Für die Verbreitung der Linkshändigkeit lassen sich Beobachtungen der Erwachsenen nur zum Teil verwerten. Die Erziehung und Anpassung an das übliche Arbeitsgerät haben da, wo die Neigung zur Linkshändigkeit nicht mehr so groß war, eine künstliche Rechtshändigkeit geschaffen. So ist an Säuglingen und kleinen Kindern weit öfters Linkshändigkeit festzustellen. Die Angaben über die statistische Häufigkeit der Linkshändigkeit schwanken zwischen 2 und 10 %, was eben mit der größeren oder geringeren Berücksichtigung von Kindern zusammenhängt. In allen Zeiten sind Linkshänder hervorgetreten, besonders auch linkshändige Maler. In der Bibel wird von einer auserlesenen Schar von 700 Mann aus dem Stamme Benjamin berichtet. „die links waren und konnten mit der Schleuder ein Haar treffen, das sie nicht fehlten“.

Ueber die Ursachen der verschiedengradigen Entwicklung der beiden Gehirnhälften ist nichts Sicheres bekannt. Von einer Entartung, Degeneration kann jedenfalls keine Rede sein. Linkshändigkeit findet sich scheinbar zahllos in allen Schichten der Bevölkerung, bei allen Berufen. Schon in vorgeschichtlicher Zeit läßt sich Linkshändigkeit nachweisen, zum Teil an Hand der noch erhaltenen Werkzeuge die für die linke Hand gebaut sind. Eine Erklärung sagt: in der Urzeit soll der Mensch gegen Feinde besonders seine linke Seite mit dem lebenswichtigen Herzen geschützt haben; die linke Hand hatte den Schild zu halten, während die rechte Hand den Angriff unternahm und so allmählich beweglicher wurde. Diese Erklärung ist aber in Wirklichkeit wenig befriedigend.

Zwischen den geborenen starken Links- und Rechtshändern stehen die zahlreichen Uebergangsfälle. Unsere im wesentlichen rechts gerichteten Werkzeuge, die rechts gerichtete Schrift usw. erziehen alle diese zu Rechtshändern, ebenso die Menschen ohne ausgesprochene Neigung zu links oder rechts. Sie ließen sich vermutlich genau so gut zu Linkshändern erziehen. Bisher fand bei kleinen Kindern, daß die Zahl der ursprünglich deutlich rechts Veranlagten gering ist und die der ausgesprochen links Veranlagten nicht übertrifft. Innerhalb zweier Jahre verschiebt sich das ursprüngliche Verhältnis stark zugunsten der Kinder, die die rechte Hand bevorzugen. Bei zahlreichen Personen, die in früher Jugend linkshändig waren, ist im Alter von 20 Jahren keine Spur mehr davon nachzuweisen.

Die Übung und der stete Gebrauch von Werkzeugen, die für die rechte Hand bestimmt sind, lassen eine vorhandene Neigung zur Linkshändigkeit in vielen Fällen zurücktreten. Die Prüfung zur Berufseignung kann daher bei einem Arbeiter zu Beginn seiner Tätigkeit und nach einem Jahre ganz verschiedene Resultate ergeben. „Linkshändig“, das heißt, ungeschickt ist der Linkshändige zunächst mit der rechten Hand. Daß Übung und Gewohnheit hier viel ausmachen, muß auch der Rechtshändige zuweilen erfahren. Wenn er im Gebrauch seiner rechten Hand verübergehend oder dauernd behindert ist, ist er gezwungen, sich auf die linke Hand umzustellen. Am Anfang erscheint ihm das Schreiben mit der linken Hand fast unmöglich, eine erspriessliche Arbeit mit einem Werkzeug als ausgeschlossen, und nach einigen Monaten geht beides gut vonstatten.

Gerade hier, wenn etwa durch einen Unfall die rechte Hand ausgeschaltet wird, kommt aber die ursprüngliche Neigung sofort wieder deutlich zum Vorschein. Der ursprünglich links Veranlagte wird rasch und sozusagen von selbst mit der linken Hand schreiben und arbeiten können, während der ausgesprochen rechts Veranlagte nur mühsam das notwendige Können sich erringt. Eine Rückschlusnahme auf die natürliche Veranlagung erscheint auch bei der Festsetzung einer Unfallrente für den Verlust

einer Hand angezeigt. Manche Arbeiter tun sich zweifellos an bestimmten Maschinen besonders schwer, weil diese ihrer linkshändigen Veranlagung wenig entgegenkommen. Man hat nach dem Krieg mit Erfolg versucht, bei Einarmigen die Maschine auf die nunmehr vorhandenen Bedürfnisse des Arbeiters umzustellen. Das gleiche ist bei Arbeitern mit sehr großer linkshändiger Veranlagung angezeigt. Der frei seine Werkzeuge wählende Arbeiter wird ohnehin manche Instrumente und Werkzeuge so umarbeiten, wie sie für seine persönlichen Bedürfnisse am geeignetsten sind. Es ist sicher, daß sich auf solche Weise, durch ein verhältnismäßig kleines Entgegenkommen bessere Ergebnisse und größere berufliche Leistungsfähigkeit erzielen lassen. Freilich läßt sich durch Übung und Gewöhnung manches erreichen, was ursprünglich kaum zu erwarten war. Es ist schon unter normalen Verhältnissen auffallend, wie verschieden stark die Fähigkeiten der beiden Hände in Anspruch genommen werden. Man sieht das am deutlichsten beim Spielen von Musikinstrumenten. Die Ausbildung der rechten Hand des Klavierspielers ist zum Beispiel im allgemeinen viel feiner und in einzelne gehend, während beim Geiger die linke Hand die Feinarbeit zu verrichten hat.

Von Minderwertigkeit kann jedenfalls bei linkshändig veranlagten Menschen keine Rede sein. Die Arbeitsleistung mag in einem Teil der Fälle hinter der normalen Arbeitsleistung zurückbleiben, aber nur dann, wenn der stark linkshändig veranlagte Arbeiter auf rechtsgerichtete Instrumente angewiesen ist. Eine Umänderung im Werkzeug wird auch in solchen Fällen die scheinbare berufliche Unterwertigkeit in Vollerleistung verwandeln. Linkshändigen

DAS GEDRUCKTE WORT

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum werfe den geliesenen „Maler“ nicht fort, sondern gebe ihn an unorganisierte Kollegen weiter. Die Zeitung ist stets ein gutes Werbemittel für den Verband

Kindern gegenüber ist jedenfalls alle Schroffheit unangebracht. Ein Lehrling, der manches allzu ungeschickt macht, sollte einmal auf eine etwaige Neigung zur Linkshändigkeit geprüft werden. Die Kinder sollen in der Schule rechts schreiben lernen, rechts nähen usw. Das Schreiben werden sie heilhalten, bei den andern Tätigkeiten werden sie immer wieder zur linken Hand zurückkehren, als später links zeichnen, Gegenstände ergreifen, den Hammer halten. Mit guter Erziehung hat die Frage jedenfalls nichts zu tun. Die Erzieher könnten den Kindern und sich selbst Unannehmlichkeiten ersparen, wenn sie die Linkshändigkeit nicht unnötigerweise bekämpfen, sondern als etwas Naturgegebenes, in der anatomischen Anlage Begründetes anerkennen wollten. Dem linkshändigen Arbeiter läßt sich durch Eingehen auf seine Veranlagung zum Teil erst volle Arbeitsfähigkeit verschaffen.

Wohnen in Sonne und Licht

Wir haben früher für leere Repräsentation gebaut. Häuser mit Säulen und schwungvollen Ornamenten, mit dunklen Loggien und zugigen Hausfluren. Mit falschen Marmorgeländern und pathetischen Figuren. Wir bauen heute für die Kinder. Heimstätten für Menschen, die Luft und Sonne brauchen: für die Kleinen, die inmitten grüner Wiesen aufwachsen sollen. Gänzlich andere Formen sind entstanden, neue Stadtbilder von eigenartiger, anziehender Schönheit. Freundliche helle Bauten mit blühenden Gärten und lichtdurchfluteten Räumen. Mit malerischen Giebeln und breiten Sonnenterrassen. Einfach im Formenspiel und klar in der Baugestaltung.

Die neuen Wohnsiedlungen entstehen heute am Rande der Parks, inmitten grüner Rasenflächen und im Schutze dichter Baumtröten. Kleingärten und Baumschulen trennen die neuen Häuser vom alten Stadtgebiet und von allen Seiten haben Licht und Sonne ungehinderten Zutritt. Das ist die rechte Umgebung, in der gesunde Menschen heranwachsen können. Hier sind sie sicher vorm rasenden Verkehr, beschützt im grünen Begehe der Büsche und Bäume. Sie atmen die reine sauerstoffreiche Luft und wissen nichts vom Lärm der Stadt und ihren Rauch- und Rußwolken. Spielplätze sind da und grüne Wiesen, Spazierwege in den Wald und über sommerliche Felder. Sie haben den Fluß zum Baden, oder wenigstens ein feines Planschbecken mit sandigem Strand und schattigen Ruheplätzen. Auch die Schulen sehen in den Siedlungen anders aus als in der Stadt. Sie sind hell und luftig, die meisten Räume liegen zu ebener Erde, wenn nicht die Klasse überhaupt ins Freie hinauswandert. Der Tag beginnt mit einem Lauf um den Sportplatz, und ein kühles Bad unterbricht die heißen Stunden. Fröhlich und kameradschaftlich ist der Ton, und die freie, schöpferische Arbeitschule hat die strenge kalte Lernschule ersetzt.

So frei und offen sind auch die Wohnungen. Klare, zweckmäßige Räume, gleichmäßig durchsonnt und sauber durchlüftet. Mit Bad und fließendem Wasser. Ein Gärtchen vor der Tür und ein Sonnenplatz auf der Veranda. Da wohnt sich besser als in der Mietkaserne der Großstadt. Wenn das Zimmer zu eng wird, der findet grüne Rasenflächen und bequeme Bänke an den Wegen. Und überall sind Spielplätze gebaut worden, mit Sandkästen und schattenspendenden Büschen.

In Licht, Luft und Sonne wächst eine neue Jugend heran, die den Dingen der Natur wieder nähersteht, als die alte Generation. Sie kennen wieder die Eigenarten von Luft und Winden. Sie lieben die Wolken und sehen

die Sterne funkeln. Regen und Wind sind keine schreckhaften Gesellen, und die wirbelnden Flocken lösen helle Begeisterung aus. Einfach und klar sind für unsere Kinder die Dinge der Gegenwart geworden. Sie sehen mit unbestechlicher Sachlichkeit alle Vorgänge und sind schnell zu einem eigenen Urteil gekommen. Ihr Denken ist nüchtern und sachlich geworden, sie lassen die Drafse und die pathetische Geste entbehren. Abseits aller Romantiken haben sie ein sicheres Gefühl für alle Werte und Klarheiten. Sie haben eine eigene Art, über ihre Umgebung zu urteilen, und sind unabhängig von den Begriffen der alten Welt geworden. Inlere Maßstäbe sind nicht die ihrigen und ihr Denken basiert auf einer andern Lebensform. Es wäre falsch, sie darum zu schelten oder gar zu unsern Schlüssen zu zwingen. Sie spüren den Hauch des Aufstrebens, der durch alle Länder geht, sie atmen schon die Luft einer künftigen Freiheit, von der wir noch keinen Hauch verspüren. Es ist für sie eine herrliche Zeit zu leben, voller Kämpfe und glückhafter Spannung.

Wir, die wir alle in Mietkasernen aufgewachsen sind und die bedrückende Enge dieser Formen spürten, leiden noch heute unter dem Druck der Verhältnisse. Krieg und Revolutionen haben uns mürbe und kampfesunlustig gemacht. Sie aber sind sonnendurchströmt und lebensfrisch, sie spüren in sich die Tatkraft gesunder Menschen und haben den frohen Mut zum turmhohen Wagnis. Der Blick über die Wiesen und Felder hat sie mit Freude erfüllt, sie spüren die tierhafte Wärme organischen Lebens und entzünden täglich aufs neue ihren Lebensmut an den Quellströmen der Natur.

Das ist der höhere Sinn, der in den modernen Bauformen steckt. Sie sind nicht nur die Attribute wirtschaftlicher Belange, nicht die Ergebnisse städtebaulicher Formen, sondern sie sind die Vorboten eines neuen Lebensstiles, einer neuen Kultur. Bauten in Sonne und Licht und ein geblühendes Wohnen im Anblick der Natur, das sind die Voraussetzungen für einen neuen Lebensstil. Unsere Jugend trägt den Kern zu frohen Lebenstagen unverkennbar in sich. Mögen die Spießer noch so sehr nach der „guten alten Zeit“ jammern, wir spüren im Heranwachsen unserer Kinder den Atem eines neuen Zeitalters. Wir beneiden sie um dieses Ringen, und wünschen ihnen Reife und Erfüllung ihrer Sehnsüchte.

Architekt Fritz Wiedermann.

Schädigungen der Augen durch bestimmte Berufe

Von Professor Walther Löhlein, Direktor der Universitäts-Augenklinik Jena.

Am augengefährlichsten sind die Schädigungen der Augen durch Anfall im Beruf; 10 % aller Erblindungen beruhen auf Verletzungen des Auges, und davon sind etwa 70 % im Beruf erworben. Die einzelnen Berufe haben naturgemäß ihre besonderen Verletzungsgefahren. Bei den Arbeitern der Stein und Metall verarbeitenden Berufe stehen die durchbohrenden Splitterverletzungen obenan; in den landwirtschaftlichen Betrieben sind es teils ebenfalls solche Verletzungen (durch Forkenstich, Sackensplitter, Strohhalme), teils Prellverletzungen (durch Rauhornstich, Schwanzschlag usw.), die das Auge in schwere Gefahr bringen. Zahlenmäßig obenan aber steht hier die Gefährdung durch kleine oberflächliche Verletzungen der Hornhaut, die infiziert werden und zum oft bössartig verlaufenden Alnus serpens Anlaß geben.

Anfallschädigungen beider Augen werden besonders leicht zustandekommen bei Explosionen (Bergarbeiter, Chemiker), bei Verbrennungen (zum Beispiel flüssiges Eisen), bei Verätzungen (in chemischen Fabriken, durch ungelöschten Kalk, durch künstlichen Dünger usw.). Auf lange Einwirkung beruflicher Schädigung sind zurückzuführen die Giftwirkungen am Auge, insbesondere am Sehnerv, wie sie zum Beispiel durch Blei (bei Anstreichern, Malern usw.), durch Methylalkohol (bei Polierern, Lackierern), durch Nikotin bei Tabakarbeitern, durch Arsen, Schwefelkohlenstoff, Quecksilber gelegentlich hervorgerufen werden können.

Als Berufskrankheit besonders bekannt ist das Augenzittern der Bergleute. Diese bei den Häuern im Steinkohlenbergwerk auftretenden Krämpfe der äußeren Augenmuskeln, die sich wohl im wesentlichen aus der abnormen Wüdrichtung bei der Arbeit unter ungünstigen Beleuchtungsverhältnissen erklären, sind außerordentlich quälend, weil sie mit Scheinbewegungen der Umgebung verbunden sind. Nur die endgültige Aufgabe der Grubenarbeit befreit die Befallenen von den Leiden. Auch die auf die abnorme Bestrahlung zurückzuführende Erübung der Linse bei Glasbläsern und Feuerarbeitern ist neuerdings als eine berufliche Erkrankung anerkannt worden, wenn auch betont werden muß, daß natürlich nun nicht etwa einfach jede Linsestrübung bei solchen Berufsarbeitern als „Glasbläserstar“ angesprochen werden kann.

Bestimmte Refraktionszustände bedingen eine gewisse Gefährdung durch verschiedene Berufe: so ist bei aller Anerkennung der Erblichkeitseinflüsse bei der Entstehung der Kurzsichtigkeit nicht zu leugnen, daß manche Berufe, die besonders hohe Anforderungen an die Naharbeit stellen, auffallend hohe Zahlen erworbener Kurzsichtigkeit und Kurzsichtigkeitskomplikationen aufweisen. Ferner sind Leute mit hoher Weitichtigkeit natürlich bei fehlendem oder mangelhaftem Ausgleich ihres Brechungsfehlers disponiert, bei angestrengter Naharbeit unter Augen- und Kopfschmerzen zu versagen. Das gleiche gilt von Leuten, deren Beruf eine starke Annäherung an die Arbeit erfordert.

Gerade diese letzten Gruppen von Schädigungen im Beruf mahnen an die Forderung einer rechtzeitigen Eignungsprüfung und Berufsberatung, auch für die Augen in Betracht kommt.

Die Gewerkschaften sind an allem schuld

Durch die Weltwirtschaftskrise werden die Gewerkschaften schwer betroffen. In dem Bestreben, ihre Mitglieder nicht im Elend versinken zu lassen, werden große materielle Opfer gebracht, wie sie sich auch sonst bemühen, seit Jahren die Arbeitslosigkeit zu mildern. Das alles wird von den Gegnern der Arbeiterklasse weder anerkannt noch beachtet. Im Gegenteil sucht man nach der bekannten Methode „Saltet den Dieb!“, die Gewerkschaften für das Arbeitslosenseind verantwortlich zu machen. Typisch hierfür ist ein Artikel der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 94. Dort wird unter anderem das Arbeitslosenseind geschilbert und dann fortgeführt: „Warum ist es soweit bei uns gekommen? Mühte das Elend mit dieser Wucht über unser Volk hereinbrechen? Wir sind überzeugt, daß es nicht nötig war: man hätte es verhindern oder wenigstens stark vermindern können, wenn ohne die Gewerkschaften die deutsche Wirtschaft sich frei hätte entwickeln können. Die Gewerkschaften haben die Wirtschaft nach dem Kriege durch hundert Gesetze und Verordnungen in Fesseln gelegt, und deshalb sind sie für diesen Zustand verantwortlich.“

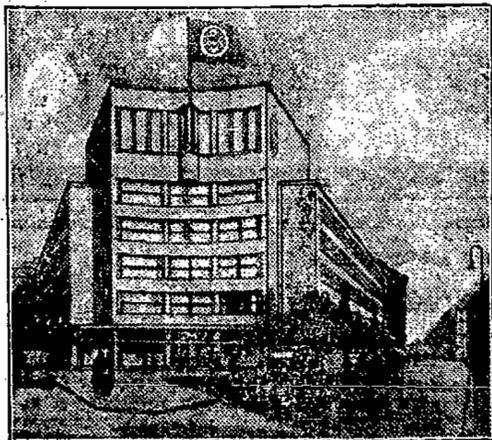
Was mit der Verdächtigung der Gewerkschaften bezweckt werden soll, sieht man an folgenden Forderungen: „Um es gleich vorweg zu sagen, geht es (die Besserung der Lage) nur, wenn wir alle in den Nachkriegsjahren erlassenen Gesetze und Verordnungen, die die Arbeitsbedingungen für die Wirtschaft erschweren und die Wirtschaft einengen, aufheben, und es den Arbeitern und Unternehmern selbst überlassen, nach den bestehenden Möglichkeiten in der Welt sich durchzusetzen.“ Man muß gestehen, daß die hinter der „Bergwerks-Zeitung“ stehenden Kreise aufs Ganze gehen. Sie wollen wieder vollständig Herr sein, um über die Arbeiter und Angestellten wie in früheren Zeiten über rechtlose Kulis verfügen zu können. Das einzige Mittel der Krisenüberwindung sieht der Artikelschreiber des genannten Blattes in der Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnzuschlag. Also die heutige Arbeitszeit von 8 Stunden und darüber genügt diesen Herren nicht, sondern die Arbeiter sollen wieder wie früher 10 und 12 Stunden schuften. Statt einer Verkürzung der Arbeitszeit soll eine erhebliche Verlängerung eintreten. Daß damit die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern erheblich vermehrt wird, ist diesen Demagogen gleichgültig.

Das ganze ist ein Versuch, die Unfähigkeit unserer sogenannten Wirtschaftsführer zu verdunkeln, und andere mit einer Schuld zu beladen, an der sie vollkommen unschuldig sind. Aus dem Beschreibsel wird aber eins unbewußt unterstrichen: Die hohe Bedeutung der Gewerkschaften. Denn wenn diese Massenorganisationen der Arbeiter und Angestellten tatsächlich so für ihre Kollegen gewirkt haben und sie so heftig von ihren Gegnern bekämpft werden, dann müssen sie unentbehrlich sein.

Gewerkschaften

Konferenz der Gewerkschaftsredakteure

Am 21. und 22. April tagte im Verbandshaus der Metallarbeiter zu Berlin eine Konferenz der Gewerkschaftsredakteure, um den Bericht des vor zwei Jahren vom ADB errichteten Sachausschusses der Gewerkschaftspressen über seine Tätigkeit entgegenzunehmen. Vom Vorsitzenden Kollegen Scheffler wurde hervorgehoben, daß sich die Arbeiten des Sachausschusses in der Umstellung der Gewerkschaftspressen stark auswirkten. Die Gewerkschaftszeitungen seien zu vielen Neuerungen in der technischen Aufmachung übergegangen und haben sich inhaltlich bedeutend reformiert. Mehr und mehr wird von den Redaktionen daran gearbeitet, die Gewerkschaftspressen auch als Familienblatt auszubauen. Besonderen Wert legte der Sachausschuß bei seinen Arbeiten darauf, das Ansehen und die Bedeutung der Gewerkschaftspressen zu stärken und diesbezüglich mit den Reichsbehörden und andern Stellen in Verbindung zu treten. In bezug auf die Expedition der Zeitungen wurden bedeutende Neuerungen auf Grund von Anregungen des Sachausschusses in den einzelnen Verbänden durchgeführt, wodurch nicht nur eine Reduzierung der Versandkosten, sondern, was



besonders von hohem Wert ist, eine raschere Zustellung der Zeitungen nach den Verbandsorten erfolgen konnte. Das Ergebnis in der zweijährigen Tätigkeit sei zufriedenstellend, und es ist zu erwarten, daß jetzt, nachdem der Sachausschuß viele für die Gewerkschaftsbewegung vorteilhafte Reformen im Zeitungswesen durchsetzen konnte, auch in der Zukunft die Bedeutung der Gewerkschaftszeitungen noch mehr in den Vordergrund treten wird. In der Diskussion wurde allgemein die gute Arbeit des Sachausschusses anerkannt.

Einstimmig wurden die bisherigen Mitglieder des Sachausschusses Scheffler („Solzarbeiter-Zeitung“),

Selbstverschuldet!

Wenn irgendwo „etwas passiert“, so sind stets die ersten Fragen: „Wer ist schuld daran? — Wer ist dafür verantwortlich? — Wer trägt die Kosten“ — Staat, Kommune, Sozialversicherung, Unternehmer — sie alle werden wegen ihrer vielen Vorschriften, Anordnungen und Warnungen zwar stets angegriffen, zum Teil auch lächerlich gemacht. Ist aber wieder „etwas passiert“, so wird stets versucht, irgendeine dieser Instanzen schuldig zu sprechen und verantwortlich zu machen.

Daß der Verunglückte vielfach selbst die Schuld an dem Unfall trägt, will in den seltensten Fällen jemand wahr haben.



Bestell Nr. - 371 - d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H. u. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W9.

Ein typisches Beispiel dieser Art gibt das obige Bild, das der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften als Warnungsplakat herausgebracht hat. Wer hat es nicht schon häufig genug erlebt, wie bei Dacharbeiten, bei denen in jedem Augenblick Schindeln, Stroh oder vielleicht auch Handwerkzeug herabfallen kann, der Strom der Passanten unbekümmert weiter schlenkert, obwohl deutsche Warnungsplakate aufgestellt oder primitive Absperrungen vorgenommen sind. Wer hat nicht selbst schon leichtsinnigerweise den kleinen Umweg, der kaum eine Minute Zeit kostet, gespart, um nur ja nicht auf seinen gewohnten Gang gestört, vielleicht auch um nicht für feige gehalten zu werden. Diese winzige Zeiterparnis oder diese falsche Fortsicht kann, wenn es das Unglück will, wochen- oder monatelang dauerndes Krankenlager, vielleicht auch das Leben kosten!

Dressel („Der Textilarbeiter“), Lanke („Einigkeit“), Renninger („Keramischer Bund“) und Seidel („Gewerkschafts-Zeitung“) gewählt.

Genosse Robert Schmidt sprach über die Bedeutung des Vereins Arbeiterpresse. Seine Ausführungen gingen dahin, ein enges Zusammenarbeiten zwischen den Sachausschüssen der Gewerkschaftspressen und dem Verein Arbeiterpresse herbeizuführen.

„Ueber die Rationalisierung als Bewegung“ sprach Dr. Schäfer vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. Die interessanten Ausführungen lösten eine rege Diskussion aus.

An die Konferenz schloß sich eine Besichtigung des gewerkschaftlichen Unternehmens der Lindcar-Fabrikwerke an.

Sozialpolitisches

Die Unfallversicherung im Jahre 1930.

Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht soeben seinen Geschäftsbericht über das Jahr 1930. Dieser Bericht enthält auch interessante Angaben über die einzelnen Versicherungszweige in dem verflossenen Jahre. Es seien in den folgenden Zeilen einmal die wichtigsten Zahlen und Angaben über die Unfallversicherung zusammengestellt. Diese sind jetzt besonders wichtig, als ja bekanntlich auch diesem Versicherungszweig neuerdings ein gewaltiger Abwärtstrend droht. Zur Durchführung der Unfallversicherung bestanden im Berichtsjahre 66 gewerbliche und 40 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften. Hierzu kommen noch 360 Ausführungsbehörden des Reiches, der Länder, der Gemeinden usw. Bei den gewerblichen Genossenschaften waren 1 077 191 Betriebe mit 12 159 999 Arbeitnehmern versichert. Die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung dagegen umfaßte 4 605 300 Betriebe mit 14 054 000 versicherten Personen. Diese Zahlen beweisen, daß in Deutschland immer noch, sowohl der Zahl der Betriebe nach, als auch nach der Zahl der Beschäftigten, die Landwirtschaft überwiegt. Die Ausführungsbehörden betreiben 1 251 711 Personen. Insgesamt sind also etwa 27,5 Millionen Volksgenossen gegen Unfall versichert. Hier von geht jedoch eine Anzahl Personen wieder ab, die

gleichzeitig in landwirtschaftlichen und in forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und damit versichert sind. Zahlen über die Aufwendungen der Genossenschaften liegen noch nicht endgültig fest. Schätzungsweise beläuft sich der Gesamtaufwand im Berichtsjahre auf 425 704 000 M. Es sind dies rund 15 Millionen Mark mehr als im Jahre 1929. Von dem Gesamtaufwand des Jahres 1930 entfallen auf:

Entschädigungen	355 000 000 M
Anfallverhütung	8 959 000 „
Finanzdienst	4 983 000 „
Verfahrenskosten	15 375 000 „
Verwaltungslosten	41 387 000 „

Unfälle wurden im Berichtsjahre 1 180 966 gemeldet gegen 1 480 174 im Vorjahre. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle hat sich ebenfalls verringert. Sie ist von 165 896 im Jahre 1929 auf 157 382 im Jahre 1930 gefallen. Berufskrankheiten wurden 14 134 gemeldet, gegen 22 258 im Vorjahre. Daß sich bei diesen verringerten Zahlen die katastrophale Arbeitslosigkeit, die Millionen außerhalb des Produktionsprozesses stellt, auswirkt, bedarf wohl keines besonderen Hinweises. Anträge auf Abfindung von Unfallrenten gingen 3071 ein. In 34 % dieser Fälle wurde eine Abfindung bewilligt. Die Abfindungsbeträge belaufen sich auf insgesamt 2 748 000 M.

Interessant sind die Angaben über die Unfallverhütung. Von den 66 bestehenden gewerblichen Genossenschaften wurden 458 technische Aufsichtsbeamte beschäftigt. Keine Aufsichtsbeamten haben die Berufsgenossenschaft der Schornsteinfegermeister und die Privatbahn-Berufsgenossenschaft. Die Zahl der Beamten hat sich gegenüber dem Vorjahre um 7 vermehrt. Die See-Berufsgenossenschaft beschäftigt allein 67 Aufsichtsbeamte. Zahlenmäßig und verhältnismäßig am geringsten ist die Zahl der Aufsichtsbeamten bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Zahl derselben betrug bei allen 40 Genossenschaften insgesamt nur 103. Die Beamten der gewerblichen Genossenschaften weisen 78 014 Prüfungstage nach. Hieran entfallen 64 973 Tage auf Betriebsbeschäftigungen, 3888 Tage auf Lohnbuchprüfungen und 9449 auf andere Dienstgeschäfte. Bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft sind 274 162 Besichtigungen ausgeführt worden. Bei den übrigen gewerblichen Genossenschaften sind von 730 506 vorhandenen Betrieben 166 671 besichtigt worden. Diese Zahl ist viel zu gering. Es muß unbedingt gefordert und auch durchgeführt werden, daß jeder Betrieb im Jahre mindestens einmal einer ausgedehnten Kontrolle unterzogen wird. R.—S.

Zur Problematik der Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Deutschland hat heute noch 4 1/2 Millionen Arbeitslose. Einmal, weil durch die Rationalisierung viele Arbeitskräfte überflüssig wurden, dann, weil durch die Reparationszahlungen Deutschland jährlich mehr als 2 Milliarden Kapital entzogen werden und schließlich, weil durch den Sturz der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt für viele Produkte ein Käuferstreck zu beobachten ist und infolgedessen auch der Absatz der deutschen Industrieerzeugnisse auf dem Weltmarkt stockt. Die Rationalisierung läßt sich nicht wieder rückgängig machen, im Gegenteil, sie muß weiter durchgeführt werden, will Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Die Reparationszahlungen können nicht von heute auf morgen eingestellt werden, da sonst die hohen Auslandskredite, die Deutschland kurzfristig aufnehmen mußte, zurückgezogen würden und das Wirtschaftswesen folgte. Auf die Preisgestaltung hat die deutsche Volkswirtschaft durch handelspolitische Maßnahmen nur einen geringen und zeitlich beschränkten Einfluß. Man muß deshalb auf andere Mittel fassen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Man hört nun oft den Vorschlag, die mitfessenden Ehefrauen auszuscheiden, was aber durch eine gesetzliche Maßnahme vollständig unmöglich ist. Auch die Ausschaltung der Nebenverdiener, dürfte nur in einem kleinen Teil der Fälle durch gesetzliche Maßnahmen möglich sein. Die Arbeitsdienstpflicht würde ungeheure Summen verschlingen, die das Deutsche Reich zur Zeit nicht aufbringen kann. Die Sieblungstätigkeit bringt eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit, kostet aber noch mehr als jede andere Maßnahme. Die Einführung des neunten Schuljahres würde auch hohe Kosten verursachen und nur deshalb zu begrüßen sein, weil dadurch die jungen Menschen, statt auf der Straße zu liegen, eine geordnete Beschäftigung hätten. So bleibt als einzige Lösung, die ohne große Ankosten durchführbar ist, die Einführung der 40-Stunden-Woche, ein großes Opfer der deutschen Arbeiterschaft, das sie aber im Interesse der notleidenden Arbeitskollegen zu übernehmen sich bereit erklärte.

Weitere Arbeitsmarktentlastung.

In der zweiten Aprilhälfte hat sich die Frühjahrsentlastung auf dem Arbeitsmarkt fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen ist um 240 000, die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 216 000 zurückgegangen; in der Krisenfürsorge ist noch ein leichtes Ansteigen um rund 12 000 zu verzeichnen. Die Hauptunterstützungsempfänger haben gegenüber dem Höchstpunkt Mitte Februar einen Rückgang von 700 000 erfahren. Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahre beträgt in der Arbeitslosenversicherung nur noch 125 000. Ende April waren noch 4 389 000 Arbeitslose vorhanden. Zwei Drittel der während der Berichtszeit wieder in Beschäftigung gelangten Arbeitskräfte wurden vom Saisonaufhangewerbe aufgenommen. Das Spinnstoffgewerbe und Bekleidungsgerwerbe nahmen weitere Arbeitskräfte auf. In der Metallindustrie ist die Abwärtsbewegung zum Stillstand gekommen. In einzelnen Bezirken schritt man zur Wiedereinstellung von Arbeitskräften. Der Steinkohlenbergbau hat weiter Arbeitskräfte entlassen. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, der Lederindustrie, der chemischen Industrie und der Papierindustrie war die Lage uneinheitlich. Die Arbeitslosigkeit Ende April 1931 war noch um 1 600 000 höher als zu der gleichen Zeit des Vorjahres. Trotzdem muß man den erfolgten Rückgang begrüßen.

Arbeitsgerichtliches

Wenn der Vater bei dem Sohne schafft.

Zwei Brüder, die ein Baudekorationsgeschäft in einem Frankfurter Vorort betreiben, hatten ihren alten Vater, der früher selbst Inhaber des Geschäftes war, als Arbeiter eingestellt. Er hat bereits früher, als bei berufstätiger Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten noch die Bedürftigkeit geprüft wurde, Arbeitslosenunterstützung bezogen. Damals hat er dem Arbeitsamt verschwiegen, daß er mit seinen beiden Söhnen gemeinsamen Haushalt führt. In diesem Jahre stellte er erneut Antrag auf Arbeitslosenunterstützung und die Prüfung dieses Antrages führte dazu, daß nicht nur der Antrag abgelehnt, sondern auch die früher gewährte Unterstützung von 157,76 M zurückgefordert wurde. Außerdem beantragt das Arbeitsamt die Verhängung einer Ordnungsstrafe.

Die Ablehnung der Unterstützung wird damit begründet, daß der Vater die Anwartschaft durch eine Tätigkeit bei seinen Söhnen erworben hat und ihm zugemutet werden kann, seinen Unterhalt auch weiterhin in dem Familienbetriebe zu erwerben. Gegen diese Zumutung wehren sich die Söhne, weil das Geschäft nur wenig Nutzen abwirft. Der Spruchauschuß weist den Einspruch ab, weil dem Kläger zugemutet werden kann, seinen Unterhalt im Geschäft der Söhne zu erwerben.

Werkwürdige Entscheidung der Spruchkammer.

21 Wochen und 4 Tage hat ein Weißbinder zweifellos frei eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt. Er hat dann noch 5 Wochen in einer Gartenwirtschaft Fische und Stühle abgelautet und frisch gestrichen. Das Material wurde von dem Gastwirt gestellt, der Weißbinder wurde der Berufsgenossenschaft gemeldet, auch Beiträge für Krankenkasse und Arbeitslosenversicherung wurden ordnungsgemäß abgeführt. Die Arbeiten wurden nicht in Stücklohn ausgeführt, sondern der Weißbinder erhielt den tariflichen Stundenlohn. Das Arbeitsamt hat die Anwartschaft des Mannes auf Arbeitslosenunterstützung bestritten, da es die letzten fünf Wochen seiner Beschäftigung nicht als versicherungspflichtig anerkennt. Es soll nach Auffassung des Arbeitsamtes kein Arbeitsvertrag, sondern nur ein Werkvertrag vorliegen. Die Begründung, die der Vorsitzende in ausführlichen Darlegungen für diese Auffassung gibt, weicht allerdings sehr erheblich von dem ab, was Reichsgericht und Reichsarbeitsgericht in grundsätzlichen Entscheidungen über das Wesen des Werkvertrages und Arbeitsvertrages niedergelegt haben. Der Vorsitzende erläutert, daß man die Ausführung von Arbeiten, die Fachkenntnisse erfordern, einem Handwerksmeister zu übertragen habe. Übernehme ein Arbeitsloser derartige Arbeiten, so mache er dem selbständigen Handwerker Konkurrenz. Deshalb müsse das Arbeitsamt die Versicherungspflicht für eine derartige Tätigkeit verneinen, denn ebenso wie für den Handwerksmeister komme für den Arbeitslosen in einem solchen Falle nicht der Arbeitsvertrag sondern der Werkvertrag in Frage. Der Spruchauschuß schließt sich mit Stimmenmehrheit dieser Auffassung an.

Mit dieser Entscheidung hat sich der Spruchauschuß auf eine absehbare Bahn begeben, denn es kann nicht Aufgabe des Arbeitsamtes sein, die Funktionen der Handwerkskammer zu übernehmen. Unzählige Kommunalverwaltungen, besonders Landgemeinden, beschäftigen verübergend ihre arbeitslosen Handwerker mit Ausbesserungsarbeiten. Auch Großbetriebe führen derartige Arbeiten in eigener Regie aus. Der Entscheidung fehlt jede rechtliche Grundlage. Sie wird durch Berufung angefochten werden.

Uneheliche Kinder sind als Angehörige im Sinne des Gesetzes über A. V. B. anzusehen.

Der Malergehilfe S. in Glogau hat gegen die Festlegung einer Wartezeit von 7 Tagen beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes Glogau Einspruch erhoben mit der Begründung, daß er vier Angehörige zu erhalten habe und für ihn nach dem Gesetz nur drei Tage Wartezeit in Frage kommen. Der Spruchauschuß hat dem Einspruch einstimmig stattgegeben. Trotzdem legte der Vorsitzende des Arbeitsamtes Berufung zur Spruchkammer in Pignitz ein, da eines der Angehörigen ein uneheliches Kind sei, das nicht als Angehöriger im Sinne des A. V. B. zu betrachten ist. Die Berufung mußte zwar gemäß § 180 Absatz 1 Ziffer 1 des A. V. B. zugelassen werden. In der Sache selbst wurde sie jedoch mit folgender Begründung zurückgewiesen:

Die Annahme des Berufungsklägers, daß der Begrüßter der Angehörigen im Sinne von § 110 b a. a. O. sich nicht mit dem Begriff des Angehörigen im Sinne des § 103 Absatz 2 a. a. O. deckt, und daß im Sinne von § 110 b nur solche Angehörige zu verstehen seien, die auch nach dem A. V. B. als unterhaltungsberechtigte Angehörige gelten, während in § 103 Absatz 2 dieser Begriff auf die unehelichen Kinder ausgedehnt worden sei, vermochte das Gericht nicht als zutreffend anzuerkennen. Zuschlagsberechtigte Angehörige im Sinne des § 103 Absatz 2 a. a. O. sind solche, die einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gegen den Arbeitslosen haben. Zu diesen gehören nach anerkannten Rechten auch die unehelichen Kinder gegenüber ihrem Vater (vergl. Fischer, Handb. zum A. V. B., 5. Auflage, Seite 186, Anm. 3e zu § 87). Offenbar umfassen die zuschlagsberechtigten Angehörigen nach dem Wortlaut und der Absicht des Abfasses § 103 a. a. O. auch die unehelichen Kinder. Ausdrücklich ausgedehnt ist der Begriff der zuschlagsberechtigten Angehörigen durch Absatz 2 a. a. O. nur auf die Erbs- und Pflegekinder, andererseits werden aber die unehelichen Kinder des Arbeitslosen weiter als bezugsberechtigt behandelt.

Es liegt kein zwingender Grund vor, den in den §§ 103 Absatz 2 und 110 b a. a. O. angewendeten gleich-

Bücher für den Maler.

- Der Weg zur Farbe 15,-
- Die Technik der Holzmalerei, 12 Tafeln in Mappe 18,-
- Die Perspektive für den Dekorationsmaler, mit 100 Zeichnungen 6,-
- 24 Schrifttafeln in Mappe, 25 Alphabete und Beispiele 10,-
- Fachblatt für Maler, Jahrgang 1928, gebunden, mit 48 farbigen Tafeln 12,-
- Fachblatt für Maler, Jahrgang 1928, gebunden, mit 85 farbigen Tafeln 18,-
- Fachblatt für Maler, Jahrgang 1930, gebunden, mit 85 farbigen Tafeln 25,-
- Die Geschichte der Dekorationsmalerei, illustriert, Ganzleinen 3,50
- Der Weggenosse für den praktischen Maler 18,-
- Handbuch für Maler, von Wenzel 9,-
- Das Ganze der Schildermalerei, von Wenzel, illustriert 7,-
- Die Farbenfibel, von Ostwald 10,-
- Die Technik der Autolackierung, von Oliver-Wolff 20,-
- Form- und Farbenwunder der Spritztechnik, von Lüpke, broschiert 8,50
- Baumann-Praxes Farbtonblocks, von 4,75, 9,-, 10,- bis 23,-

Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10

oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

lautenden Begriff der „zuschlagsberechtigten Angehörigen“ verschieden auszulegen. Da hiernach vier zuschlagsberechtigte Angehörige im Sinne des § 110 b a. a. O. in Frage kommen, hat der Spruchauschuß die Wartezeit zutreffend auf 3 Tage festgesetzt und der Berufung war der Erfolg zu versagen.

Gerichtliches

Wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern wurde der frühere Kollege und Zahlstellentaffierer der Zahlstelle Pfaffenwiesbach von der Filiale Frankfurt a. M. vom Amtsgericht Mfingen zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Bewährungsfrist wurde von der Bedingung abhängig gemacht, daß L. die unterschlagene Summe und die Gerichtskosten innerhalb sechs Monaten abbezahlt. Der Staatsanwalt hat den Mißbrauch des Vertrauens entsprechend charakterisiert und zwei Monate Gefängnis beantragt.

Fachmännisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Gebrauchsmuster.
Rl. 75 c. 1170 386. Halter für Farbhafen. Christian Etähle, Mfingen.

Rl. 75 c. 1170 357. Farbensauffangvorrichtung für Maler. Anna Schulz, Gagan.

Rl. 75 c. 1170 354. Haken zum Aufhängen von Gefäßen und Eimern an Maler-, Fensterputzer- und Maurerleitern. Arthur Schierich, Berlin N 113, Stolpische Straße 36.

Erteilte Patente.
Rl. 75 c. 525 805. Sprispistole. Manuel Gomez de Rueda und Franz Louis Lefevre, Paris.

Rl. 75 c. 525 801. Apparat zum Verflüssigen und Zerstäuben von leicht schmelzbaren Stoffen. László Imre Nagy jr., Budapest.

Rl. 75 c. 525 642. Verfahren zum Auffrischen alter Dellackanstriche. C. Julius Ruppmann, Dresden-A. 1, Bürgerwiese 20/22.

Rl. 22 g. 525 758. Vorrichtung zum Seihen von Farben. Seitz-Werke G. m. b. H., Kreuznach im Rheinland.

Angemeldete Patente.
Rl. 75 c. W. 52. 30. Malverfahren. Wilhelm Wenzel, Hamburg, Defenichstraße 83.

Rl. 9 b. W. 60. 30. Strichziehopparat mit seitlich des Pinjels einstellbaren Führungsblechen. August Weber, Coswig in Anhalt.

Rl. 75 c. 177. 30. Abwaschbarer Malgrund für Wasserfarben. A. Liebetruß & Co., G. m. b. H., Nürnberg, Hoffstraße 21.

Rl. 75 c. H. 125. 030. Verfahren zur Härtung von Ueberzügen aus künstlichen Harzen oder dergleichen. Robert Hopfeldt, Hamburg, Immenhof 27.



*Ich bin ein freier Mann
und singe,
Was kümmert mich der
Wetterlauf?
Wenn ich mich auf das Lindcar
Schwinde,
Hält mich nicht Gott und
Teufel auf.*

Literarisches

Neue Blätter für den Sozialismus. Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung. Herausgegeben von Eduard Scheinmann in Hamburg. Preis 1,20 M. Quartalspreis 2,75 M. Die vornehm geleitete Zeitschrift kann nur durch den Buchhandel oder unmittelbar vom Verlag (Postfach Berlin 694 03), nicht durch die Postzeitungsliste bezogen werden. Mahfordere kostenloses Probeheft direkt vom Verlag.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesündliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Preis und Liebe, verlockend für jedermann, aber doch häufig von vorborgener Gefahr! Ein höchst unvollkommener Frühlingstag ist der Gesundheit, dem ein besonderes Kapitel gewidmet wird. Dem folgen Aufsätze über „Fußballsport“, „Kohlenteile bei Sportunfällen“, „Sicherheit als Fußgänger“, „Schuldenfreiheit und Gesundheit“, „Großreinemachen“. Im Zusammenhang damit steht die Warnung vor dem „gefährlichen Benzin“. Weiter ist beachtenswert ein Aufsatz über „Augenverletzungen durch Fall, Stöße oder Säure“. Auch der von dem Direktor des Chemischen Instituts im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin behandelte Artikel „Nahrungsmittelschutz“ gewinnt mit der zunehmenden Wärme und der gesteigerten Gefahr des Verderbens von Lebensmitteln an Bedeutung. So trägt das aufmerksame Lesen dieses Blattes sicher dazu bei, die Gefahren der Frühlingsszeit zu vermeiden und ihre Freuden ungetrübt zu genießen.

Das Tier in der Landschaft! Es ist kein Zufall, daß jede Landschaft ihr besonderes Tierleben aufweist. Wie der Baum- und Pflanzenwuchs von der Beschaffenheit des Bodens abhängig ist, so ist auch das Tier auf eine ganz bestimmte Umgebung eingestellt, der es sich im Laufe seiner Entwicklung in Form und Lebensweise angepaßt hat. A. Hilprecht behandelt in Teil 8 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher O. Sauer. Das Problem der behüteten Rasse, das im Heft 7 der „Urania“ die Eingliederung der einheimischen Tiere in ihren Lebensraum. Eine kurz gefasste, durch Bilder anschaulich gemachte Darstellung. Mit den Ideologen der ältesten Kunst beschäftigt sich in demselben Heft der bekannte Urzeitforscher